



Mitteilungen der Ordenskorrespondenz

abgeschlossen am 15. November 2001

Aus dem Vatikan

Papst bringt Solidarität in der „Stunde des Wahnsinns“ zum Ausdruck

„Der Wahnsinn des Terrors“, so lautete der Titel der italienischen Ausgabe der Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“ am 12. September zum Kommentar zu den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington. „Die Stunde des Wahnsinns scheint die Welt in Besitz genommen zu haben“, heißt es im Kommentar. „Schrecken, Abscheu und Angst haben die gesamte internationale Gemeinschaft im Griff. Diabolische Denker haben monströse Verbrechen verübt, die die Menschheit in ein unvorstellbares Klima des Krieges abstürzen lassen“.

Papst Johannes Paul II., der umgehend von den tragischen Ereignissen in Kenntnis gesetzt worden war, verfolgte die Entwicklung der Ereignisse am Nachmittag des 11. September in seiner Sommerresidenz in Cas-

[weiter]

telgandolfo. Nach Aussage des Sprechers des Pressesaals des Heiligen Stuhls, Joaquin Navarro Valls, betete der Papst für die ewige Ruhe der Opfer und den Beistand für deren Angehörige. Am Abend sandte er ein Telegramm an den amerikanischen Staatspräsidenten George W. Bush: „Erschüttert vom unsagbaren Schrecken der unmenschlichen Anschläge, die heute gegen unschuldige Menschen in verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten verübt wurden, drängt es mich Ihnen und Ihren Mitbürgern meinen tiefen Schmerz zum Ausdruck zu bringen und der Nation in diesem finsternen und tragischen Moment meine Nähe im Gebet zu versichern. Ich empfehle die Opfer der ewigen Barmherzigkeit des allmächtigen Gottes, der auch jenen Kraft schenken möge, die an den Hilfsmaßnahmen und der Betreuung der Überlebenden beteiligt sind. Ich bete zu Gott, dass er Ihnen und dem amerikanischen Volk in dieser Stunde des Leids und der Prüfung beistehen möge.“

Auch bei der Generalaudienz am Mittwoch, den 12. September, befasste sich der Papst in seiner Ansprache mit dem terroristischen Anschlag: „Ich schließe mich jenen an, die in diesen Stunden ihr empörtes Urteil zum Ausdruck gebracht haben und möchte mit Nachdruck betonen, dass die Wege der Gewalt niemals zu einer wahren Lösung der Probleme der Menschheit führen werden“. „Gestern war ein finsterner Tag in der Menschheitsgeschichte“, fuhr der Papst fort, „ein schrecklicher Angriff auf die Würde des Menschen ... Wie kann es zu Episoden von derart unmenschlicher Grausamkeit kommen? Das Herz des Menschen ist ein Abgrund aus dem manchmal Pläne von unerhörtem Greuel hervortreten, die in der Lage sind, in einem Augenblick das harmonische und tätige Leben eines Volkes zu erschüttern. Doch der Glaube kommt uns in solchen Momenten, in denen jeder Kommentar unangebracht zu sein scheint, entgegen.“ Der Heilige Vater forderte sodann zur christlichen Hoffnung auf und brachte dem „geliebten Volk der Vereinigten Staaten in diesen Stunden der Angst und des Entsetzens“ seine Nähe zum Ausdruck. Er wünschte sich, dass „die Spirale des Hasses und der Gewalt“ nicht die Oberhand gewinnen möge. Bevor er zum Abschluß der Audienz das „Vater unser“ begann, bat Papst Johannes Paul II. Gott Vater darum, dass „er uns in diesen Tagen der Trauer und des unschuldigen Schmerzes zu Hilfe kommen möge“.

Der amerikanische Kardinal Edmund Casimir Szoka, der als Präsident die Päpstliche Kommission für den Vatikanstaat leitet, erklärte in einem Interview mit der katholischen Tageszeitung *Avenire*: „Es ist unmöglich sich so viel und solch extremen Haß vorzustellen oder ihn zu verstehen, der nicht davor zurückschreckt unschuldige Menschen zu ermorden. Bei den Opfern handelt es sich nicht um Soldaten, es geht nicht um Streitkräfte, die einen Krieg austragen, sondern um Menschen wie wir alle, wie unsere Familien. Es ist unerhört!“ Der Kardinal

schließt auch die Versuchung der Rache nicht aus: „Doch wir Amerikaner ziehen den Weg des Gesetzes und der Justiz einer schwer vorstellbaren Vergeltungsmaßnahme gegen Objektivität vor“. Gleichsam fordert er auch zum Gebet auf, „damit wir den Weg des Friedens finden und die Spirale der Tragödie durchbrechen, die von Menschen eingeleitet wurde, die das Leben zerstören wollen“.

Repressalien gegen den Terrorismus sind „illusorische Lösungen“

„Repressalien, von denen unterschiedslos unschuldige Menschen betroffen sind, führen die Spirale der Gewalt fort und sind illusorische Lösungen, die auf keinen Fall zur moralischen Isolation von Terroristen führen.“ In seiner Ansprache bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die derzeit in New York zum Thema „Kultur des Friedens“ tagt, brachte Erzbischof R. Martino am 22. Oktober die Zweifel des Vatikans im Zusammenhang mit dem Militärschlag der britisch-amerikanischen Allianz gegen den Terrorismus in Afghanistan zum Ausdruck. In seiner Rede betonte der Beobachter des Heiligen Stuhls, dass mit „Racheakten der Hass nicht geheilt werden kann“ und dass zur Bekämpfung des Terrorismus Probleme und Situationen behoben werden müssen, die zum Entstehen von Terrorismus führen. „Wir sollten vielmehr“, so Erzbischof Martino, „jene offensichtlichen Elemente beseitigen, die zur Verbreitung von Hass und Gewalt führen und die jeder Bewegung hin zum Frieden widersprechen“. In diesem Zusammenhang nannte er Armut und Ausgrenzung, „die das Leben so vieler Völker auf der ganzen Welt beeinträchtigen“, die Verleugnung „der Menschenwürde, der Mangel an Respekt für die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten, gesellschaftlicher Ausschluss, inakzeptable Lebensbedingungen der Flüchtlinge, ... physische und

Mpsychologische Unterdrückung“: all diese Elemente bezeichnete der Ständige Beobachter des Heiligen Stuhls als „Nährboden, der nur darauf wartet, von Terroristen genutzt zu werden“.

Während Erzbischof Martin in seiner 10minütigen Ansprache die Zweifel des Heiligen Stuhls erläuterte, wurden in den Vereinigten Staaten in Tageszeitungen und Fernsehsendungen sowie in Stellungnahmen und Ansprachen amerikanischer Politiker Patriotismus und Militärhandlungen als Gegenmittel gegen den weltweiten Terrorismus dargestellt. „Jede ernsthafte Kampagne gegen den Terrorismus“, so Erzbischof Martin hingegen, „muss soziale, wirtschaftliche und politische Umstände berücksichtigen, die das Entstehen von Terrorismus, Gewalt und Konflikten begünstigen“.

In seinem Vortrag sprach der Erzbischof, der seit 15 Jahren bei den Vereinten Nationen tätig ist, auch von „Formen des systematischen und institutionalisierten Terrorismus“ und meinte damit jene Staaten, die Freiheit und Rechte jener Individuen zerstören, „die sich nicht der vorherrschenden Ideologie anpassen“.

Der Beobachter des Heiligen Stuhls wies auch darauf hin, dass die Friedensarbeit der Vereinten Nationen von „zahlreichen Hindernissen gebremst“ wird. In diesem Zusammenhang zitierte er „Konfliktsituationen ... wo eine gerechte Lösung von beiden beteiligten Seiten mehrmals abgelehnt wird, was zu Gefühlen der Frustration, des Hasses und der Versuchung der Rache führt“. Mit unmißverständlichem Bezug auf die Situation im Nahen Osten sagte er: „Alle, die Gott ehren, sollten an vorderster Front gegen alle Formen des Terrorismus kämpfen“.

Friedensarbeit bedeutet jedoch nicht nur Politik. Es muss eine Kultur des Friedens geschaffen werden, „die im Herzen beginnt, ... anerkannt, gewollt und geliebt ist“ und die deshalb auch bei der Erziehung junger und erwachsener Menschen „durch Formen des Humanismus, der Philosophie, Soziologie

und Traditionen“ zum Ausdruck kommt. Erzbischof Martin erinnerte auch an das unermüdliche Engagement des Papstes zugunsten einer Erziehung zum Frieden und bezeichnete die Familien als ein Ort, wo „die Würde jedes einzelnen Lebens“ gelehrt wird. Abschließend zitierte er den Appell, mit dem sich Papst Johannes Paul II. an die Jugendlichen in Kasachstan wandte: „Seid Erbauer des Friedens, denn eine Gesellschaft, die fest auf dem Frieden gründet ist eine Gesellschaft, die Zukunft hat“. (Fides)

Papst: „Es ist die Stunde der Missionsfamilie!“

Die Gültigkeit der Mission ad gentes und das konkrete Engagement der Missionsfamilien für die Evangelisierung standen im Mittelpunkt der Ansprache von Johannes Paul II. aus Anlaß des Weltmissionssonntages vor dem Angelus-Gebet am Sonntag, den 21. Oktober. Es folgt der Wortlaut der Ansprache:

„Wir feiern heute den Weltmissionssonntag, der vor nunmehr 75 Jahren von Papst Pius XI. eingeführt wurde. Er soll das ganze Gottesvolk an die fortwährende Gültigkeit des Sendungsauftrages Christi erinnern, der seiner Kirche aufgetragen hat allen Völkern das Evangelium zu verkünden (vgl. Mt 28,19). Dieses Mandat ist zu Beginn des dritten Jahrtausends besonders dringlich, wenn wir unseren Blick auf den großen Teil der Menschheit richten, der Christus noch nicht kennt oder nicht anerkennt. Deshalb ist die Mission ad gentes unter allen Völkern heute aktueller denn je. (...)

Auf die negativen Kräfte, die sich auf der Welt zu erkennen geben, antwortet die Kirche mit verstärktem Engagement bei der Verkündigung Christi, als Hoffnung für den Menschen und Hoffnung für die Welt! Im Rahmen dieser Mission der Hoffnung spielen die Familien eine vorrangige Rolle. Die Familie verkündigt in der Tat das Evangelium der Hoffnung allein schon durch ihre Gründung, denn

sie basiert auf gegenseitigem Vertrauen und auf dem Vertrauen in die Vorsehung. Die Familie verkündet das Vertrauen, denn sie ist der Ort, wo das Leben entsteht und wächst, und durch das hochherzige Ausüben der Vater- und Mutterpflichten. Eine wahre Familie, die auf der Ehe gründet, ist an sich schon eine „Gute Nachricht“ für die Welt.

In unserer Zeit gibt es außerdem immer mehr Familien, die aktiv an der Evangelisierung teilnehmen, sowohl in Pfarreien und Diözesen als auch in der Mission ad gentes. Ja, liebe Familien, in der Kirche ist die Stunde der Familie gekommen, die auch die Stunde der Missionsfamilie ist. Dies wird auch durch die heutige Seligsprechung der Eheleute Luigi Beltrame Quattrocchi und Maria Corsini bestärkt. Ihrer Fürbitte und der Fürbitte der heiligen Jungfrau Maria vertrauen wir in besonderer Weise das missionarische Engagement der christlichen Familien an.“

Papst Johannes Paul II. zum interreligiösen Dialog

Die gesamte Menschheit steht noch immer unter dem Schock der Ereignisse des 11. September. Darauf hat der Papst die Vollversammlung des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog hingewiesen. Immer wieder sei im Zusammenhang mit dem derzeitigen Konflikt von Krieg der Religionen die Rede; aber das würde bedeuten, den Sinn der Religionen zu verfälschen. Das wird Johannes Paul II. nicht müde, zu betonen. Nicht nur in seinem apostolischen Schreiben zum neuen Jahrtausend hat der Papst interreligiösen Dialog als Basis für Frieden in einer Zeit des religiösen Pluralismus gefordert. „Der Name des einzigen Gottes muss immer mehr zu dem werden, was er ist: ein Name für und eine Aufforderung zum Frieden.“ Dieses Wort aus seinem Schreiben „Novo Millennio Ineunte“ wiederholte der Papst auch heute wieder. Wenn es zu Konflikten komme, könne Frieden nur durch einen Versöh-

nungsprozess erreicht werden, der Demut und Weitherzigkeit voraussetze. Wenn es für die internationale Gemeinschaft Pflicht ist, gute Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Traditionen zu fördern, ist es für Gläubige umso dringender, offene und vertrauensvolle Kontakte zu pflegen, die zur gemeinsamen Sorge um die Menschenfamilie führen. Dialog sei nicht immer leicht, so der Papst. Missverständnisse und Vorurteile behinderten oft Übereinkünfte. Eine wahre Spiritualität des Dialogs müsse solches berücksichtigen. Sie solle trotz Opposition und magerer Ergebnisse zur Ausdauer motivieren. (Radio Vatikan)

Papst warnt vor Vereinheitlichung durch Globalisierung

Sieben Päpstliche Akademien haben gemeinsam einen Kongress veranstaltet mit dem Thema: „Kulturelle Dimensionen der Globalisierung: Herausforderung für den christlichen Humanismus.“ Auch Papst Johannes Paul II. hat teilgenommen und dabei gewarnt: Die Globalisierung der Wirtschaft und der Massenmedien könne den Menschen nach und nach zu einer bloßen Variable des Marktes reduzieren. Es bestehe damit die Gefahr, dass der Mensch sich erdrückt fühlt von weltweiten, undurchsichtigen Mechanismen und seine Identität wie auch seine Menschenwürde verliert, so der Papst. Eine ähnliche Gefahr wie für den Menschen gehe von der Globalisierung auch für die Kulturen aus: Wenn sie zwangsweise den Bedürfnissen des Marktes und der jeweiligen Mode angepasst werden, verlieren sie ihre Originalität und ihren Reichtum. Johannes Paul II. warnte davor, dass dabei ein oberflächlicher kultureller Synkretismus herauskommt: mit einer zweifelhaften Werteskala, materialistisch ausgerichtet und ohne Öffnung auf das Religiöse. Die Päpstlichen Akademien könnten den kulturellen Entscheidungen eine Orientierung geben.

10. Ordentliche Versammlung der Bischofssynode

Mit einer Eucharistiefeier in Sankt Peter ist die 10. Ordentliche Versammlung der Bischofssynode zu Ende gegangen. In der Ansprache hat Johannes Paul II. noch einmal einige zentrale Punkte des Themas herausgestellt, das die letzten vier Wochen bestimmt hat: „Der Bischof – Diener des Evangeliums Jesu Christi, für die Hoffnung der Welt.“ Einen besonderen Gruß richtete er an die Bischöfe der Volksrepublik China. Sie hätten zwar nicht teilnehmen können, seien aber geistig und im Gebet sehr präsent gewesen, so der Papst.

Die rund 240 Bischöfe saßen in kreisförmigen Reihen um den Bernini-Altar, sichtbarer Ausdruck ihrer in den letzten Wochen vertieften Gemeinschaft. *Communio* und *Missio*, Gemeinschaft und Sendung waren dann auch die beiden zentralen Worte in der Ansprache des Papstes: Sie sollten sich im Dienst der Bischöfe widerspiegeln. Auch die Synodenväter hätten mehrfach die Notwendigkeit einer Spiritualität der Gemeinschaft unterstrichen. Wörtlich sagte der Papst: „Nur wenn eine tiefe und überzeugte Einheit der Bischöfe untereinander und mit dem Nachfolger Petri deutlich erkennbar ist, wie auch der Bischöfe mit ihren Priestern, kann die Kirche eine glaubwürdige Antwort auf die Herausforderungen geben, die heute von ihrem gesellschaftlichen und kulturellen Umfeld herrühren.“

Der Papst nahm bei seinen Ausführungen auch Bezug auf die Bibelstellen vom Hirten und der Herde, die für die Lesungen und das Evangelium ausgewählt worden waren. Nach dem Vorbild Christi, des Guten Hirten, sollte den Bischöfen vor allem die Seelsorge am Herzen liegen. Um die Gläubigen vor Gefahren zu schützen, müssten sie den Mut haben, die Lehre der Kirche rein zu verkünden und zu verteidigen, auch wenn das schmerzhaft sein kann. Aus der Feier der Eucharistie, des Opfers Jesu Christi, müsse für sie auch die

Bereitschaft erfolgen, sich für ihre Herde aufzuopfern. Der Papst kam in seiner eigenen Funktion als Hirte auch auf die emeritierten Bischöfe zu sprechen: Sofern sie guter Gesundheit sind, sollten die Bischöfe nach Möglichkeiten suchen, wie sie den Ortskirchen mit ihrer Erfahrung und ihrer Kompetenz zur Seite stehen können, damit sie sich auch weiterhin als lebendige Glieder des Bischofskollegiums fühlen können.

Auf der Basis der Synodenergebnisse wird Johannes Paul II. ein Dokument veröffentlichen. Bei der Ausarbeitung steht ihm ein 15-köpfiger Bischofsrat zur Seite. Drei Mitglieder ernannte der Papst selbst, die anderen wurden von der Synode gewählt: Es sind jeweils drei Vertreter für die Kontinente Amerika, Asien inklusive Ozeanien, Afrika und Europa. Einer der europäischen Bischöfe ist Kardinal Walter Kasper.

Papst und Palästinenserchef bitten um Hilfe für Frieden im Heiligen Land

Die Waffen müssen schweigen! – Anlass für diesen erneuten Friedensappell des Papstes für das Heilige Land war der Besuch von Palästinenserchef Yasser Arafat im Vatikan. 15 Minuten dauerte die Unterredung des Friedensnobelpreisträgers mit dem Kirchenoberhaupt. Arafat verurteilte dabei „jede Form von Terrorismus“ und bedauerte, dass auch die heiligen Stätten des Christentums von der neuen Gewaltwelle erfasst wurden. Johannes Paul II. wiederholte seinen Aufruf zum Dialog und forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, sich mit Nachdruck für den Frieden im Nahen Osten einzusetzen.

Vor den Vereinten Nationen hat der Vatikan unterdessen noch einmal zur Schaffung eines internationalen Status für Jerusalem gedrängt: Jerusalem als Heilige Stadt dreier Religionen stehe nach wie vor im Zentrum des Konflikts, sagte der Ständige Beobachter des

Apostolischen Stuhls, Erzbischof Renato Martino, gestern vor der UNO-Vollversammlung. Die jüngsten Ausschreitungen hätten gezeigt, dass nur ein internationaler Status den Bewohnern und Pilgern aller Religionen Freiheit und Sicherheit garantieren könne. Von der Staatengemeinschaft forderte Martino den wirklichen politischen Willen, der scheinbar endlosen Gewalt im Nahen Osten ein Ende zu machen. Es sei dringend an der Zeit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Lösung in dieser komplexen Situation zu finden, so der Vatikanvertreter. (R. V.)

Vatikan fordert Bekämpfung des Hungers zur Friedenssicherung in der Welt

Wer den Hunger in der Welt nicht bekämpft, bringt Frieden und Stabilität der ganzen Menschheit in Gefahr. Das ist die Kernaussage der Rede, die der Leiter der Vatikandelelegation, Erzbischof Agostino Marchetto, vor der Jahresversammlung der FAO gehalten hat, der Welternährungs-Organisation der Vereinten Nationen. Nachdem der FAO-Gipfel wegen der unsicheren Weltlage aufs nächste Jahr verschoben wurde, bekam die in Rom tagende Jahresversammlung ein neues Gewicht. Das Recht auf Ernährung ist ein fundamentales Menschenrecht, so der Vatikanvertreter. Ein Recht, das immer mehr Menschen weltweit verwehrt werde. Die Möglichkeiten, diese Millionen vor dem Verhungern zu bewahren, seien eigentlich da, aber es fehle der eindeutige politische Wille; ein Widerspruch, der in einer Welt des insgesamt wachsenden Wohlstandes besonders unerträglich sei. Diese schmerzliche Wahrheit, warnte der Erzbischof, gefährde die Gesundheit der gesamten Menschheit. Statt einer Haltung des Miteinanders in der Menschheitsfamilie zeigten die jüngsten Entwicklungen jedoch eine besorgniserregende Steigerung von Interessenskonflikten und Egoismus. Die Verhandlungstische würden im-

mer öfter verlassen, die Konflikte mit den Waffen ausgetragen. Krieg aber bedeute immer auch Hunger. Dieser sei kein abstraktes Problem, dem man mit verbesserten Techniken beikommen könne. Es handle sich vielmehr um eine innere Haltung, die jeden einzelnen Menschen angehe, jede Gemeinschaft, jedes Volk und jede Nation. Alle seien in die Verantwortung gerufen, nicht nur von ihrem Überfluss abzugeben, sondern die Solidarität mit den Ärmern zu leben. Strukturell bedeute das z.B. Agrarreformen, Schuldennachlass und auch Umweltschutz. Aber im Grunde mache jeder, der im verschwenderischen Überfluss lebt, sich mitschuldig am Elend der Armen. (Radio Vatikan)

„Afrika interessiert nicht mehr“

Der afrikanische Kardinal Bernard Agre hat den Industrienationen eine Plünderung Afrikas vorgeworfen. Dieser von „schlechten Nachrichten erfüllte Kontinent interessiert niemanden mehr“, es interessierten nur noch die Bodenschätze, klagte der Erzbischof von Abijan/Elfenbeinküste. Multinationale Unternehmen raubten die Ressourcen aus, indem sie sich der oftmals skrupellosen Regierungen in Afrika bedienten. Sollten die Menschen sich nicht besinnen und umkehren, würde aus der Globalisierung letztlich ein Instrument der organisierten Ausbeutung und Kolonisierung, meinte Kardinal Agre vor der Weltbischofssynode im Vatikan. Kritik übte er auch an den Voraussetzungen zur Vergabe von Entwicklungsgeldern. (kontinente)

Aus der Mission

Pakistan: Anschlag auf christliche Kirche

17 Tote und zahlreiche Verletzte hat ein Überfall auf eine katholische Kirche in Bahawalpur im Osten Pakistans gefordert. Sechs bewaffnete Männer waren gegen Ende eines Gottesdienstes in die Kirche eingedrungen und eröffneten ohne Vorwarnung das Feuer auf die versammelte Gemeinde. Die Erschossenen und Verletzten sind mehrheitlich Protestanten, die zu dieser Zeit ihren Sonntagsgottesdienst feierten. Der Pastor und ein muslimischer Wachmann sind unter den Toten. Die katholische Kirche wird von den in der Region lebenden Christen beider Konfessionen genutzt. Zu den Tätern machten die Behörden vorerst keine Angaben. Mehrere Bundesstaaten erhöhten den Schutz christlicher Einrichtungen nach dem Vorfall. In einem Telegramm an den Apostolischen Nuntius in Pakistan verurteilte Papst Johannes Paul II. den Anschlag aufs Entschiedenste. Er sei ein weiterer tragischer Akt von Intoleranz. Der Papst versicherte in dem Schreiben den Angehörigen der Opfer sein Gebet und erbat für die Gläubigen in Pakistan den Schutz Gottes. Auch der pakistanische Präsident Musharraf verurteilte den Anschlag scharf. Mit derartigen „terroristischen Angriffen“ solle die Gesellschaft, in der Christen und Muslime bislang stets in Frieden und gegenseitigem Respekt zusammen gelebt hätten, gespalten werden, erklärte Musharraf in Islamabad.

Rund 10.000 Christen haben in einer Gedenkfeier von den 17 Todesopfern in der ostpakistanischen Stadt Behawalpur Abschied genommen. Bei der Trauerfeier für die Ermordeten rief der katholische Bischof von Multan, Andrew Francis, die Christen zur Zurückhaltung auf. Der Bischof wörtlich: „Wir

verzeihen denen, die unschuldige Menschen getötet haben. Christen müssten sich immer für den Frieden einsetzen und die andere Wange hinhalten.“ Vor der Trauerfeier riefen Teilnehmer laut Korrespondentenberichten allerdings nach Rache. Die pakistanische Regierung hat eine volle Aufklärung der Bluttat versprochen und verschärfte Sicherheitsvorkehrungen für christliche Gebäude und Wohnviertel angekündigt.

In Rom fürchtete Kurienkardinal Achille Silvestrini, dass das Klima zwischen den Religionen in der ganzen sogenannten Dritten Welt rauher werden könnte. Das sagte er gegenüber der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“.

Vor Ort in Pakistan ist die kleine christliche Minderheit tief verunsichert und verängstigt, sagt Spiritanerpater Michel Protain, der im Punjab arbeitet: „Man fragt sich, ob dieses Verbrechen Teil eines größeren Plans ist oder ein isolierter Akt war. Wir haben jetzt Angst, dass die Taliban Pakistan angreifen könnten – aber auch Angst vor Gruppen, die das Land jetzt von innen destabilisieren wollen. In Karachi gibt es Drohungen wie: Für jeden Moslem, der in Afghanistan stirbt, töten wir zwei Christen in Pakistan. Wir Christen – das haben unsere internen Diskussionen gestern gezeigt – würden uns jetzt gerne selbst verteidigen. Aber das sollten wir besser nicht tun. Wir sollten Vertrauen in die Regierung haben, die uns als Minderheit schützen will. Wir stehen alle unter Schock. Als erstes haben wir uns gefragt, ob wir unter solchen Umständen die Messe feiern sollten. Dann haben wir sie am Nachmittag gefeiert – es kamen natürlich nicht viele, aber einige schon, trotz unserer Angst. Moslems haben die religiöse Pflicht, Minderheiten zu schützen. Das ist aber etwas doppeldeutig: schützen vor wem denn? General Musharraf hat gestern verkündet: Wer

dieses Verbrechen begangen hat, ist kein Moslem. Aber natürlich haben sie es doch im Namen ihres Glaubens getan. Auch wenn es nur ein ganz kleiner, gewaltbereiter Teil der Bevölkerung ist – er erschreckt uns alle.“

Nach dem Blutbad in Behawalpur hatte die Polizei Dutzende von Verdächtigen verhört. Zu ersten Anklagen ist es aber noch nicht gekommen. Eine Augenzeugin, die der Polizei gegenüber die Attentäter beschrieben hat, erhielt telefonische Morddrohungen. Sie steht jetzt unter Polizeischutz.

Derweil verstärkt sich der Eindruck, dass der Anschlag offenbar nicht die protestantische, sondern die katholische Gemeinde der Stadt treffen sollte. Bis kurz vor dem Attentat fanden in der katholischen Kirche bislang katholische Messen statt; an dem betreffenden Sonntag hatte es aber eine Änderung im Gottesdienstplan gegeben. Unklar ist, ob der Anschlag ein isolierter Akt oder Teil eines größeren Planes war. Moslems in Ostpakistan zeigen unterdessen verstärkt ihre Solidarität mit der christlichen Minderheit. Das berichtete der Bischof von Lahore, Lawrence Saldanha, gegenüber der Nachrichtenagentur Misna. In Fernsehdebatten zeigten sich Vertreter aller islamischen Flügel und Parteien erschüttert über das Blutbad.

Das katholische Hilfswerk „missio“ warnte davor, wegen des Anschlags jetzt den christlich-islamischen Dialog auszusetzen. Man solle die Gewalttat lieber als eine Herausforderung zum Gespräch nehmen, so missio-Chef Hermann Schalück. Es gebe durchaus die Gefahr, dass das friedliche Miteinander in Pakistan jetzt der Gewalt geopfert werde. Die Bluttat sei der erste Anschlag dieser Art auf Christen in der Geschichte Pakistans gewesen.

Kuba: Weiterhin keine katholischen Privatschulen

Große Hoffnungen hatte die Kirche Kubas an den Papstbesuch im Januar 1998 angeknüpft. In den Folge-Monaten war die Eu-

phorie groß, das Castro-Regime zeigte sich nachgiebig, die Katholiken strömten in die Kirchen. Inzwischen sehen Kubas Bischöfe die Lage wieder nüchterner. Gestern nun erklärte der stellvertretende Außenminister Kubas am Rande eines Vatikanbesuchs, seine Regierung lehne weiterhin die Zulassung kirchlicher Privatschulen ab. Aus prinzipiellen Gründen, so erklärte Minister Angel Dalmau, halte Havanna weiterhin daran fest, dass die Schulbildung allein in den Händen des Staates liegen und für alle Bürger kostenlos sein solle. Diese Einstellung richte sich also nicht gegen die Kirche als Institution. Papst Johannes Paul II. hatte bei seiner Visite vor fast vier Jahren eben die Öffnung des Schulsystems angemahnt. Seither hatte es in diesem Bereich von kubanischer Seite keine Zugeständnisse gegeben. Dennoch bezeichnete Dalmau die Beziehungen zwischen dem Apostolischen Stuhl und Kuba als „gut“. Der Minister war mit dem vatikanischen Außenminister Erzbischof Jean-Louis Tauran und der Führung des Souveränen Malteser Ritterordens zusammengetroffen. Dabei berichtete er von einer Zunahme der religiösen Praxis vor allem unter jungen Menschen. Dies gelte auch für die religiöse Unterweisung, die ausschließlich in den Kirchen stattfinden dürfe. Dalmau verwies überdies darauf, dass Havanna trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren die Renovierung zahlreicher Kirchenbauten unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht habe. Der katholischen Kirche stünden für die Priesterausbildung zwei Seminare zur Verfügung, ein weiteres sei in Bau.

Peru: Bischöfe empört

In einem Hirtenbrief haben die peruanischen Bischöfe dem neuen Präsidenten des Andenstaates, Alejandro Toledo, ihre Zusammenarbeit und Unterstützung bei der „Wiederherstellung der Moral“ zugesichert. Die Gläubigen wurden aufgerufen, aktiv an der Demo-



kratie mitzuwirken. Die Bischöfe drückten ihr „tiefes Gefühl des Leides und der Empörung“ aus angesichts des hohen Niveaus der Korruption und des Machtmissbrauchs in der Zeit der Regierung Fujimori. Gegen den ehemaligen Präsidenten liegt ein internationaler Haftbefehl vor. (kontinente)

Die Internationale Akademie für Evangelisierung hat auch in Wien ein Zentrum eröffnet

Internationale Akademie für Evangelisierung – auch in Wien hat die katholische Gemeinschaft „Immanuel“ nun ein solches Zentrum für Ausbildung und Begegnung aufgemacht. Die erste Gruppe war im Oktober mit rund 20 jungen Leuten aus acht verschiedenen Ländern eingetroffen. Ein Jahr lang werden sie zusammen leben und lernen, wie die Neuevangelisierung in der modernen Welt möglich ist. Vorbilder für die Wiener Akademie sind die Evangelisierungsschulen von Paray le Monial, Altötting und Rom. In Österreich liegt der Schwerpunkt auf der Medienarbeit. Einer der Ausbilder ist Otto Neubauer – er erzählt, dass die Initiative in Wien sehr positiv aufgenommen wurde. (Radio Vatikan)

Papst bittet um Vergebung für die von Katholiken in China begangenen Fehler

Papst Johannes Paul II. hat in einer überraschenden Geste um Vergebung gebeten für die von Mitgliedern der katholischen Kirche in China begangenen Fehler. Sie seien Frucht menschlicher Begrenztheit gewesen, aber auch komplexer geschichtlicher Schwierigkeiten und entgegengesetzter politischer Interessen, so der Papst in einer Botschaft. Sie ist gerichtet an die Teilnehmer eines Kongresses über den China-Missionar Matteo Ricci, wendet sich eigentlich jedoch an Pe-

king und an die Chinesen überhaupt. In der jüngeren Geschichte hätte zuweilen der Protektionismus einiger europäischer Staaten das freie Handeln der Kirche in China begrenzt, so Johannes Paul. Er bedauere sehr, dass all das den Eindruck eines fehlenden Respekts, ja sogar einer feindseligen Einstellung der katholischen Kirche gegenüber dem chinesischen Volk erweckt hat. Matteo Ricci habe eine uneingeschränkte Sympathie für das chinesische Volk gehabt. In Anlehnung an das Vorbild des Jesuiten-Missionars machte der Papst der Volksrepublik China ein neues Freundschaftsangebot. Er unterstrich: Sowohl China als auch die katholische Kirche zählten zu den ältesten Institutionen der Welt, beiden gehörten über eine Milliarde Menschen an. Bei der momentan angespannten Weltlage, so der Papst, hätte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen China und dem Vatikan ohne Zweifel weltweit positive Auswirkungen auf die Solidarität unter den Völkern. (Radio Vatikan)

Nonne hisste die Flagge nicht

Ein Gericht im westindischen Bundesstaat Goa hat eine Franziskanerin freigesprochen, die am Unabhängigkeitstag nicht die Nationalflagge gehisst hatte. Schulleiterin Schwester Lily Joseph war wegen „nationaler Respektlosigkeit“ angeklagt worden; der Staatsanwalt hatte drei Jahre Haft verlangt. Das Gericht urteilte, es habe kein vorsätzlicher Akt vorgelegen. (kontinente)

Nigeria: Zusammenstöße zwischen ethnischen Gruppen

„Die Regierung hat Truppen und gepanzerte Fahrzeuge geschickt, die Privathäuser angegriffen und Zivilisten getötet haben. Wir befürchten, dass dies mit der Absicht geschah, die ethnische Gruppe der Tiv auszurotten. Die Tiv gehören zur Bevölkerung des Bun-

desstaates Benue (im Nordosten Nigerias). Sie sind vorwiegend Christen und spielen im wirtschaftlichen Leben des Landes eine wichtige Rolle“. Das erklärte P. Michael Angulo, Sekretär von Mons. Athanasius Atule Usuh, Bischof von Makurdi, der Hauptstadt von Benue. In dem Interview sagte er unter anderem: „Wir verlangen von der Bundesregierung in Abuja, dass sie die Truppen zurückziehe und von den Vereinigten Nationen, dass sie eingreife, denn im Moment weiß niemand, was hier noch geschehen kann“. Auch zwei nigerianische Parlamentarier, Daniel Saror und Gabriel Suswan – beide stammen aus Benue – haben der Lokalpresse erklärt, dass die Gefahr einer Verschwörung bestehe mit dem Ziel, die Tiv auszurotten. Dabei nahmen sie kein Blatt vor den Mund und beschuldigten die Streitkräfte und einige andere Mitglieder der Regierung dieses Vorhabens. Die Tiv leben auch in den Bundesstaaten Plateau, Taraba und Nasarawa. Nach einigen Augenzeugenberichten, die in IRIN, einer Presseagentur der UNO veröffentlicht wurden, hätten Truppenteile die ethnische Gruppe der Jukun unterstützt. Diese sind von der Tradition her große Rivalen der Tiv. Einige Beobachter sind der Meinung, dass diese militärische Operation nur wegen der Zustimmung des Verteidigungsministers, des Ex-General Theophilus Danjuma, möglich war. „Ich weiß nicht, ob die Soldaten die hierher geschickt wurden, selber vom Stamme der Jukun sind, aber ich wäre nicht überrascht, wenn ich erfahren würde, dass der Minister in dieser Angelegenheit seine Hände im Spiel gehabt hätte“, kommentierte der Sekretär des Bischofs. Bei den Gewalttätigkeiten in den letzten Tagen im Grenzgebiet zwischen dem Bundesstaat Benue und Taraba sind mindestens 200 Personen aus der Zivilbevölkerung ums Leben gekommen. Die Verantwortung wurde sofort den Militärs in die Schuhe geschoben. Die ganze Geschichte hatte ihren Ausgang in Vaase genommen. Dort hatte eine bewaffnete Bande, vermutlich Männern der ethnischen Gruppe Tiv, 19

Soldaten entführt und getötet. Die zerstückelten Leichen waren in den Räumen einer Volksschule in Zaki Biam gefunden worden. In einigen Ortschaften dieser Gegend sind Zivilisten brutal umgebracht worden, unter ihnen auch viele Frauen und Kinder. „Der Tod der Soldaten“ – so der Priester – „kann nicht das Abschlachten von Menschen in einem demokratischen Staat rechtfertigen. Außerdem weiß niemand genau, ob es wirklich Männer der Tiv gewesen sind“. Am Folgetag hatte sich die Situation in Makurdi beruhigt. Der Zustrom von Flüchtlingen aus den ländlichen Gebieten hält aber ohne Unterbrechung an. Auch sollen drei Moscheen abgebrannt worden sein. Aber es gibt noch keine Bestätigung dafür. Sicher ist aber die Zerstörung und das Niederbrennen einer Polizeistation. Es soll aber keine neuen Opfer gegeben haben. Dagegen ist in Gboko, der zweiten Stadt in Benue (etwas mehr als 100 Km südwestlich von Makurdi) ein islamischer Kultort in Flammen aufgegangen. In beiden Orten wurde vom Sonnenuntergang bis zur Morgendämmerung Ausgangssperre verhängt. Die Soldaten erhielten Anweisung, auf jeden zu schießen, der ihren Anweisungen nicht folgt. „Die Menschen fliehen aus den Dörfern und ziehen sich in den Busch zurück und kommen dann täglich zu Hunderten in die Stadt oder nach Gboko. Niemand weiß genau zu sagen, was die Soldaten eigentlich tun. Eines ist sicher: Makurdi ist jetzt tatsächlich eine Hauptstadt, die von Soldaten besetzt ist“, erklärte der Sekretär des Bischofs. Sorge bereitet dem Bischof das Los der Flüchtlinge. „Es ist unmöglich zu sagen, wie viele es sind, auch wenn es bestimmt einige Zehntausend sind. Allein von Nasarawa sind in den letzten Wochen 100.000 angekommen. Die von der Regierung eingerichteten Flüchtlingslager liegen etwas außerhalb der Stadt, aber es ist häufig sehr schwer, sie zu betreten, um sich über die Bedingungen zu erkunden, unter denen die Menschen dort leben müssen. Außerdem besteht auch ein Ernährungsproblem. Die Lebensmittel

reichen nicht mehr aus, weil in den letzten Tagen die Soldaten an verschiedene Lebensmittellager Feuer gelegt haben. Die Wasserversorgung ist unzureichend.“ So weit die Auskunft des Sekretärs. (Misna, 26. Oktober 2001)

Migranten-Frage im Mittelpunkt einer Tagung der afrikanischen Kirchen

Zum Thema Migration tagten Vertreter der afrikanischen Kirchen aus den Ländern südlich der Sahara und aus der Magreb-Region. Im Mittelpunkt der Debatte standen menschliche und pastorale Probleme bei der Betreuung von Menschen aus den Ländern südlich der Sahara, die in die nordafrikanischen Länder kommen: es ging dabei sowohl um Studenten als auch um Arbeitsuchende.

Was die Studenten anbelangt so befasste man sich mit deren Aufnahme und Integration in der christlichen Gemeinschaft, die Sakramentenpastoral und die geistliche Begleitung. Bei den Arbeitsuchenden ging es nicht nur um Arbeitskräfte aus den Ländern südlich der Sahara sondern um alle ausländischen Gemeinschaften, die in den Magrebländern leben. Weitere Tagesordnungspunkte waren die Pastoral, einschließlich der Krankenpastoral und der Begleitung von Sterbenden, die Beziehungen zu den Einheimischen, die Betreuung von Aufnahme- und Integrationszentren.

Unter den allgemeinen Fragen wurden auch die Aspekte des Religionsunterrichts unter aus dem Islam und aus den traditionellen afrikanischen Religionen zum Christentum bekehrten Gläubigen, das christliche Leben in einem muslimischen Umfeld (im Magreb und in den Ländern südlich der Sahara), der Austausch von Personal (Priester und Ordensleute) zwischen den Kirchen der Länder nördlich und südlich der Sahara behandelt. An der Tagung nahmen rund 50 Delegierte teil: 25 aus den Ländern des Magreb, davon

20 Vertreter der Regionalen Bischofskonferenz Nordafrikas (CERNA), und 25 aus den Kirchen der Länder südlich der Sahara. (Fides)

Philippinen: Trauer um ermordeten Missionar

„Wir sind erschüttert über die tragische Nachricht vom Tod von P. Rufus Halley, einem unserer Missionare auf Mindanao. Er war ein persönlicher Freund. Nachdem ich selbst in der Region tätig gewesen war, verstehe ich die Schwierigkeiten eines Engagements zur Lösung der Konflikte zwischen Muslimen und Christen sehr gut. Rufus hatte sich voll und ganz der Versöhnung zwischen Christen und Muslimen gewidmet und war bei allen beliebt. Er war ein Mann von ausgeprägter Spiritualität und liebte das philippinische Volk innig. Er wird uns allen sehr fehlen“, mit diesen Worten kommentierte der Generalobere der Gesellschaft vom hl. Columban für die Aussenmissionen die Ermordung seines Mitbruders gegenüber der vaticanischen Nachrichtenagentur Fides.

Der 57jährige aus Irland stammende Pater Rufus Halley wurde am Nachmittag des 29. August in der Nähe seiner zur Prälatur Marawi gehörenden Pfarrei in der Stadt Malabang (Lanao del Sur, Mindanao) ermordet.

Wie einheimische Quellen berichteten, wurde der Missionar ermordet, nachdem er sich gegen eine kriminelle Bande gewehrt hatte, die ihn entführen wollte. Die Mitbrüder von P. Halley sind von dieser Hypothese jedoch nicht überzeugt. Nach ersten Ermittlungen des Provinzials Pater Bernard Mulkerin, war der Missionar zum Zeitpunkt der Ermordung mit dem Motorrad unterwegs gewesen.

In einem Kommuniké der philippinischen Bischöfe bezeichnete der Vorsitzende der Philippinischen Bischofskonferenz, Erzbischof Orlando Quevedo, den „brutalen und unverständlichen Mord an P. Halley“ als „Tragödie“. „Obschon uns umgehende Ermitt-

lungen zugesichert wurden, möchten wir die Behörden ausdrücklich darum bitten, jeden möglichen Weg zu beschreiten und in allen Ecken nach den Mördern zu suchen, um sie der Justiz auszuliefern“, heißt es weiter. Der Erzbischof betonte auch, dass die Kirche trotz der ständigen Gefahr von Entführungen bisher keine Lösegelder bezahlt habe. Auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz hob besonders hervor, dass Pater Halley sowohl bei Christen als auch bei Muslimen beliebt und für sein Bemühen um den Dialog des Friedens bekannt war. Sein Tod wird für die Gerechtigkeit und den Frieden reiche Früchte tragen.“

Unterdessen konzentrieren sich erste Ermittlungen auf Mitglieder der Moro Islamic Liberation Front (MILF), die in der Vergangenheit um die Autonomie der Region kämpfte. Ein Vertreter der Bewegung wies jedoch bereits den Verdacht im Zusammenhang mit Mitgliedern der Bewegung ab. Am 30. August 2001, nahm die philippinische Polizei Abdul Ibrahim fest, der bereits seine Zugehörigkeit zu einer siebenköpfigen Bande gestanden hat, die den Mord an dem Missionar verübt haben soll. Nach Aussage der Polizeibeamten, die an dem Verhör beteiligt waren, wollte die Bande den Missionar der Abu Syyaf-Gruppe übergeben, die seit Monaten im Süden der Philippinen Panik verbreitet.

In der Pfarrei „Nuestra Senora de los Remedios“ in Manila gedachten die Patres vom hl. Columban mit einer Trauerfeier des ermordeten Mitbruders. Pater Rufus Halley wurde am 1. September in Kayagan de Oro (Mindanao) beigesetzt.

P. Halley war zusammen mit weiteren 10 Missionaren seines Ordens 1969 auf die Philippinen gekommen. Seit 1979 war er auf der Insel Mindanao tätig, wo er sich als Freiwilliger für die Friedensarbeit und das Engagement für den interreligiösen Dialog zwischen Christen und Muslimen beworben hatte.

(Fides)

In wenigen Tagen fünf Priester ermordet

Auch in anderen Ländern wurden Priester ermordet. Pater John Baptist Crasta wurde am 6. September im indischen Staat Jharkahand (der am 14. November 2000 auf einem Teilgebiet des Unionsstaates Bihar errichtet wurde) umgebracht. Zusammen mit ihm starb auch der Fahrer des Krankenwagens, in dem sie unterwegs waren. Eine Schwester und ein Laie, die sich im selben Fahrzeug befanden, wurden verletzt: da sie von den Tätern tot geglaubt wurden, gelang ihnen die Flucht. Das Attentat wurde von Rebellen des Maoistischen Kommunistischen Zentrums verübt: Der Priester und sein Fahrer hatten gegen eine ihrer Bestimmungen verstoßen: aus Protest gegen das Todesurteil, das gegen fünf Mitglieder der Rebellengruppe verhängt worden war, hatten die Rebellen für 72 Stunden den Autoverkehr verboten. Die Rebellen hatten das Fahrzeug, mit dem der Priester zusammen mit anderen unterwegs war, zunächst aufgehalten, indem sie auf die Reifen schossen, danach näherten sie sich und gaben Schüsse auf die Personen ab, wonach sie die Flucht ergriffen. Die Polizei, die an den Tatort kam, während die Täter flüchteten, eröffnete das Feuer gegen die Rebellen, wodurch es zu einem Schusswechsel kam, bei dem auch zwei Polizeibeamte starben. Die Ortskirche hatte bereits in der Vergangenheit ihre Sorge im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Rebellengruppe zum Ausdruck gebracht.

Des weiteren fanden den Tod: D. Galeano Buitrago (Kolumbien), am 27. August bei einem Überfall in Medellín (Kolumbien) ermordet; P. Emil Jouret (Belgien), Jesuitenpater, am 28. August tot in seinem Zimmer in Kikwit (Demokratische Republik Kongo); P. Rufus Halley (Irland), von der Gesellschaft vom hl. Columban, am 29. August in Malabang (Philippinen) ermordet; D. Hector Fabio Velez (Kolumbien), am 2. September in Roldanillo (Kolumbien) tot aufgefunden. (Fides)



Mexiko: Jede Diözese trägt Verantwortung für Mission

Dem ganzen Gottesvolk muss eine missionarische Heranbildung angeboten werden; jede Diözese sollte über einen missionarischen Pastoralplan verfügen; die Päpstlichen Missionswerke sollten in jeder Diözese und Pfarrei präsent sein; jede Diözese sollte Verantwortung für die Evangelisierung und Neuevangelisierung ad intra und ad extra sein: dies sind nur einige der Beschlüsse des 12. Nationalen Missionskongresses (Conami), der vom 25. bis 28. Oktober in Morelia (Mexiko) stattfand. An dem von den Päpstlichen Missionswerken veranstalteten Kongress nahmen insgesamt 4.250 Delegierte stellvertretend für 79 Diözesen teil.

Bei dem Eröffnungsgottesdienst unter Vorsitz von Erzbischof Alberto Suarez Inda von Morelia, mit dem 30 Bischöfe und 400 Priester konzelebrierten, wurde auch die Botschaft des Präfekten der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, Kardinal Crescenzo Sepe, verlesen. Im Rahmen des Kongresses versammelten sich die Delegierten an zwei Tagen zu Gruppenarbeiten. Am Sonntag, den 28. Oktober, nahmen alle Kongressteilnehmer zusammen mit Delegierten aus den Diözesen des Landes und zahlreichen Gläubigen der Erzdiözese Morelia an einem „Missionsmarsch“ teil. Zum Abschluss des Marsches versammelten sich alle Teilnehmer zu einem Gottesdienst im Stadion von Morelia zu einem Gottesdienst unter Vorsitz des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Giuseppe Bertello, bei dem dieser auch die Papstbotschaft zum Missionskongress verlas. Im Rahmen des Festgottesdienstes wurden auch mexikanische Priester, Ordensleute und Laien in die Mission entsandt.

Folgende weitere Richtlinien waren in den Beschlüssen dieses 12. Nationalen Missionskongresses enthalten: Verbreitung des Evangeliums durch die Medien; Integration missionarischer Themen bei der Heranbildung von Priestern und Ordensschwestern; Vor-

bereitung von Laien auf das Missionsapostolat und die Entsendung in die Mission; Impulse für die Missionsanimation ausgehend von den Pastoralprogrammen der Diözesen; Veranstaltung von Seminaren auf diözesaner Ebene zu den Themen des Missionskongresses; Gründung von Missionsgruppen zur Unterstützung der Päpstlichen Missionswerke und der Missionsstellen der Diözesen, Förderung der Entstehung von Missionsinstituten in den Diözesen; Förderung des Gebets für die Mission und der Unterstützung für alle Missionare. (Fides)

Albanien: Grundsteinlegung für neue Kathedrale in Lesh

Am Sonntag, den 28. Oktober, hatte Kardinal Jozef Tomko, ehemaliger Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, der vor kurzem zum Präsidenten des Päpstlichen Ausschusses für die Internationalen Eucharistischen Kongresse ernannt wurde, den Vorsitz bei der Segnung des Grundsteins für die neue Kathedrale von Lesh (Albanien). „Es ist ein Zeichen für das Wachstum und die Wiedergeburt der Kirche in Albanien, wie dies auch in anderen Gegenden geschieht“, erklärte Kardinal Tomko am Vorabend der Grundsteinlegung gegenüber der vatikanischen Nachrichtenagentur Fides. „Die Grundsteinlegung soll somit auch Glückwunsch und Ermutigung bedeuten. Aus diesem Grund spreche ich in meiner Homilie über das Thema des Gottestempels: der materielle Tempel, mit dessen Bau begonnen wird, ist Zeichen des Wiederaufbaus des lebendigen Tempels, der wir alle sind.“

An der Feier zur Segnung des Grundsteins nahmen verschiedene albanische Bischöfe, der Apostolische Nuntius, der Apostolische Administrator von Lesh P. Ottavio Vitale RCI, sowie Priester und Ordensleute teil. Neben den Katholiken waren auch Vertreter des Islam anwesend. Die Diözese Lesh hat ihren Ursprung im 14. Jahrhundert und befindet

sich im Norden Albaniens an der Küste zum Mittelmeer. Von den 70.000 Einwohnern sind 65.000 Katholiken, die in 11 Pfarreien strukturiert sind und von 10 Priestern betreut werden. Es gibt 35 Schwestern und 8 Seminaristen. (Fides)

DR Kongo: Friedensgespräche sollen im Januar wieder aufgenommen werden

Die im Oktober in Addis Abeba (Äthiopien) unterbrochenen Gespräche zwischen verschiedenen politischen und sozialen Komponenten der Gesellschaft in der Demokratischen Republik Kongo sollen im Januar nächsten Jahres in Südafrika wieder aufgenommen werden. Dies gab in Dakar der ehemalige senegalesische Staatspräsident und Vorsitzende der Kommission für den Dialog im Kongo bekannt.

Die Gespräche von Addis Abeba scheiterten, da sich die Delegierten nicht auf die Modalitäten zur Ernennung von Vertretern aus 400 politischen Parteien, hunderten konfessioneller und bürgerlicher Organisationen und verschiedenen Bewegungen einigen konnten, die an den Gesprächen teilnehmen sollten. Problematisch ist auch die Finanzierung dieser Verhandlungen. Die südafrikanische Regierung will die Kosten für Gespräche, die im eigenen Land stattfinden, tragen. Mit Einleitung von Gesprächen zwischen Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Komponenten der Demokratischen Republik Kongo wurde in gewisser Weise den Vereinbarungen von Lusaka von 1999 Folge geleistet. Sie sollen zur Konsolidierung des Waffenstillstandes beitragen und die Grundlagen für eine Reform der politischen Institutionen schaffen. 1998 kam es im Kongo zum Ausbruch eines Bürgerkrieges zwischen den von Angola, Simbabwe und Namibia unterstützten Regierungstruppen und verschiedenen von Uganda und Ruanda unterstützten Rebellenbewegungen. In den Ver-

einbarungen von Lusaka wurde der Rückzug der ausländischen Truppen unter internationaler Kontrolle festgelegt. (fides)

Ecuador: Das afro-ecuadorianische Pastoralbüro feiert 20-jähriges Bestehen

„Der Auftrag ist, mitzuhelfen, eine eigenständige Religionsgemeinschaft zu gründen, die die zahlreichen evangelischen Werte berücksichtigt, die in der afro-ecuadorianischen Kultur präsent sind, und die Einheit des schwarzen Volkes zu suchen.“ Zu diesem Zweck war im Mai 1981 in Ecuador das Afro-Ecuadorianische Pastoralbüro (DPA) gegründet worden. Anlässlich des Jubiläums gab es viele Feiern. Es handelt sich um das erste Institut in Lateinamerika, das der besonderen Sensibilität der katholischen Kirche in Ecuador gegenüber den pastoralen Bedürfnissen der schwarzen Bevölkerung Rechnung trägt. In Ecuador leben heute etwa 13 Millionen Einwohner, von denen 10% Afro-Amerikaner und 30% Indios sind.

Das Büro war von dem Comboni-Missionar P. Rafael Savoia mit Unterstützung des Bischofs von Esmeraldas, Enrico Bartolucci, gegründet worden. Es erhielt auch die Anerkennung des damaligen Vorsitzenden der ecuadorianischen Bischofskonferenz, José Mario Ruiz Navas. Eines der wichtigsten Ergebnisse des Büros war die Vorbereitung des Arbeitspapiers über die „afro-ecuadorianischen Pastoralpläne“ für alle Pastoralmitarbeiter, die in diesem Bereich tätig sind.

Bei der Gedenkveranstaltung wurde die Geschichte des Büros nachgezeichnet und vor allem den Comboni-Missionaren Dank gesagt. Diese hatten von Beginn an die Entwicklung der afro-amerikanischen Pastoral begleitet. Derzeit ist mit P. Martin Balda ebenfalls ein Combonianer an der Spitze.

Im Juni fand in Guayaquil, der zweitgrößten Stadt Ecuadors, ein nationales afro-amerikanisches Missionstreffen statt. (Fides)

Aus den Ordensobernvereinigungen

Namensänderung der VOB

Die Apostolische Nuntiatur übersandte dem Generalsekretariat der VOB am 9. August 2001 ein Reskript der Religiösenkongregation vom 1. August 2001, mit dem der Vatikan einem Antrag der diesjährigen Mitgliederversammlung der VOB auf Änderung des Namens die erbetene Zustimmung erteilt hat. Die bisher so genannte „Vereinigung der Ordensobern der Brüderorden und -Kongregationen Deutschlands (VOB)“ darf sich künftig „Vereinigung der Ordensobern der Brüderorden Deutschlands (VOB)“ nennen.

In dem an das Generalsekretariat der VOB in Trier gerichteten Anschreiben der Religiösenkongregation betont deren Sekretär Erzbischof Nesti, dass man die Akten der diesjährigen Mitgliederversammlung der VOB und den Bericht des Vorsitzenden „mit Interesse zur Kenntnis genommen“ habe, und fährt dann fort: „Wir sehen in den Vereinigungen der Ordensobern weiterhin ein wichtiges Instrument, das die Verbundenheit der Institute untereinander und mit dem Hl. Stuhl festigt und in Erinnerung ruft und für das eigene Planen wertvolle Hilfen und Orientierung bietet.“

VOD veröffentlichte Jahresstatistik zum 31.12.2000

Das Generalsekretariat der VOD hat die Jahresstatistik aller in der „Vereinigung der Ordensoberinnen Deutschlands“ zusammengeschlossenen Frauengemeinschaften veröffentlicht. Demnach gab es am Stichtag 31.12.2000 insgesamt 31.404 Ordensfrauen (Vorjahr: 32.588 = -3,6 %), davon 3.360 bis 55 Jahren (= 10,7 %), 7.102 zwischen 56 und 65 Jahren (= 22,6 %) und 20.942 über 65 Jah-

ren (= 66,7 %). Außerdem gab es insgesamt 139 Novizinnen.

Von den 31.404 Ordensfrauen sind 3.937 in Pflegeberufen tätig, 978 üben eine Lehrtätigkeit aus, 1.229 sind erzieherisch tätig, 1.410 in der Seelsorge, 329 in der Sozialarbeit, 1.654 in der Verwaltung und 4.265 im Wirtschaftsbereich. Sonstige Tätigkeiten üben 5.361 Ordensfrauen aus. In Ausbildung befinden sich 183 Ordensfrauen, nicht mehr tätig sein können 12.058 Ordensfrauen. Im Jahr 2000 gab es 73 Austritte (darunter 47 Schwestern mit ewiger Profess) und 38 Übertritte.

25 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Ökonominen

Im September d.J. trafen sich die Ökonominen zu ihrer Fachtagung in Reute, traditionell in zwei aufeinanderfolgenden Wochen wegen der großen Zahl der Teilnehmerinnen. In der Mitte beider Treffen stand die Jubiläumsfeier mit einem Ausflug zur Insel Reichenau und einem Festakt im Kloster Reute. Neben dem Blick in die Geschichte der AGÖ wurde im Festvortrag das Spannungsfeld Ökonomie – Spiritualität beleuchtet; in der ersten Woche durch Sr. Basina Kloos, in der zweiten Woche durch P. Jörg Dantscher SJ.

Am ersten Tag der Fachtagung referierte Ministerialrat Horst Eversberg, Düsseldorf, zu den Fragen der Mittelverwendung, Spendenrecht, Steuern. Der zweite Tag der Fachtagung wurde von P. Wolfgang Schumacher gestaltet – vorrangig zu den Themen „Ausscheiden älterer Ordensmitglieder“, Fragen des Sozialversicherungsrechts (vieles ausgelöst durch den Fragebogen der Barmer Ersatzkasse zur Feststellung der Beitragsbemessungsgrundlage) sowie Steuerfragen.

Personelles

Am 2. Juli 2001 hat die Generalleitung der **Herz-Jesu-Priester** in Rom nach der satzungsmäßigen Befragung und Wahl die neue Leitung der Deutschen Ordensprovinz ernannt. Im Amt als Provinzial wurde **P. August Hülsmann SCJ** für ein zweites Triennium bestätigt. Stellvertreter des Provinzials und 1. Provinzrat ist **P. Konrad Flatau SCJ**, der Amtsvorgänger von P. Hülsmann. Das Triennium begann am 1. August 2001. P. Hülsmann wurde bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der VDO zum Vorsitzenden der Kommission Pastorale Grundfragen gewählt.

P. Guido Hügen OSB, Vorsitzender der **Arbeitsgemeinschaft Jugendpastoral der Orden** (AGJPO) wurde zum Bundeskuraten der DPSG (Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg) gewählt. Er wird seine Aufgabe als Vorsitzender der AGJPO und Koordinator des AGJPO-Vorstands bis zum Ende seiner Amtszeit 2003 beibehalten und ebenso die Vertretung der AGJPO in der VDO und VOB. AGJPO-Vertreter in der VDO-Kommission Bildung und Erziehung ist P. Norbert Becker MSC und in der Kommission Pastorale Grundfragen P. Siegfried Modenbach SAC, der auch zuständig ist für den Kontakt zum Jugendbischof und zur Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz. Die Geschäftsführung der AGJPO liegt bei Sr. Vinzenza Hülsen-schmidt.

Auf dem 52. Provinzkapitel der **Bayerischen Kapuziner** im Kapuzinerkloster Eichstätt wurde am 25. Juli 2001 **P. Josef Mittermaier OFM Cap.** (45) zum neuen Provinzial als Nachfolger von P. Werner Labus (54) gewählt, der das Amt sechs Jahre innehatte und dessen Stellvertreter Mittermaier bisher war.

Am 31. Juli 2001 wurde **P. Dr. Hubert Wendl CMM** (41) beim Provinzkapitel in Reimlin-

gen für drei Jahre zum neuen Provinzial der deutschen Provinz der **Mariannahiller Missionare** gewählt. Er folgt damit P. Rüdiger Przyklang CMM (63), der in vier aufeinander folgenden Amtszeiten 12 Jahre lang die Leitung der Ordensprovinz inne hatte. – Der neue Provinzial P. Hubert ist gebürtiger Würzburger und absolvierte nach der Priesterweihe zunächst ein Promotionsstudium in Kirchengeschichte. Bis zu seiner Wahl zum Provinzial war er als Schulseelsorger und Religionslehrer am Gymnasium der Mariannahiller Missionare in Maria Veen bei Coesfeld in der Diözese Münster tätig.

Stephan Schröer (61), seit 1976 Abt der **Benediktinerabtei Königsmünster** in Meschede (Sauerland), trat am 23. August 2001 von seinem Leitungsamt zurück. Wie die Abtei mitteilte, habe sich Schröer bereits vor längerer Zeit entschlossen, am 25. Jahrestag seiner Wahl das Amt aufzugeben. Zur Zeit gehören 65 Patres und Brüder zur Abtei, von denen zwei in der Cella Sankt Benedikt in Hannover und fünf in der Mission tätig sind. Stephan Schröer wurde am 1. März 1940 in Freienohl geboren. Der Diplomkaufmann trat 1967 in die Abtei ein, legte 1968 die zeitlichen Gelübde ab und wurde 1972 zum Priester geweiht. Der Paderborner Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt nahm am 16. Oktober 1976 die Abtsweihe vor. Er legte dem Abt in seiner Predigt eine neue Aufgabe ans Herz: „Vielleicht kann die Abtei noch zusätzlich einen geistlichen Dienst an der Jugend übernehmen.“ Wenige Jahre später errichteten die Benediktiner das Jugendzentrum „Oase“. In direkter Nachbarschaft wurde das „Haus der Stille“ errichtet, das am 19. August 2001 eingeweiht wurde. – Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Jugendpastoral der Orden“ (AGJPO) als eine Arbeitsgemeinschaft der VDO geht wesentlich auf den Einfluss von Abt Stephan Schröer zurück.

Gut eine Woche nach dem Rücktritt von Abt Stephan Schröer hat der Konvent der Bene-

M diktinerabtei Königsmünster am Morgen des 31. August **Pater Dominicus Meier** (42) zu seinem Nachfolger gewählt. Abt Dominicus ist der dritte Abt in der Geschichte von Königsmünster. Er wurde am 10. Juli 1959 in Heggen geboren. Nach einer Lehre als Justizsekretär am Amtsgericht Grevenbrück trat er 1982 in die Abtei Königsmünster ein und studierte in Würzburg und Münster Theologie und promovierte anschließend in Salzburg im Bereich Kirchenrecht. 1999 habilitierte er sich in diesem Bereich und ist seitdem als ordentlicher Professor für Kirchenrecht an der Ordenshochschule der Pallottiner in Vallendar tätig. Außerdem ist er Mitarbeiter am Offizialat in Paderborn. In der Abtei ist er seit vielen Jahren Vertreter des Schulträgers am Gymnasium und als solcher vor allem für die finanziellen Belange der Schule verantwortlich. Wegen seiner besonderen Kenntnis des Kirchenrechts ist Pater Dominicus bei vielen Ordensgemeinschaften ein häufig angefragter Ratgeber. Im Jahr 2000 war Pater Dominicus als Konventsvertreter der Abtei Königsmünster auf dem Generalkapitel und wurde dort in den Kongregationsrat gewählt. Die Abtsweihe nahm der Paderborner Erzbischof Kardinal Johannes Joachim Degenhardt am 6. Oktober vor.

Pater Beda Zilch (60), seit dreizehn Jahren Prior des **Zisterzienserklosters Bochum-Stiepel**, ist zum 30. September 2001 aus seinem Amt ausgeschieden. Wie aus einer am 6. August veröffentlichten Mitteilung des Klosters hervorging, hat der langjährige Dauereinsatz die Gesundheit des Priors schwer angegriffen. Nach einer ersten Attacke im vorigen Jahr habe sich die Notwendigkeit einer Herzoperation herausgestellt. Der Abt des für Stiepel zuständigen Klosters Heiligenkreuz, Gregor Henckel-Donnersmark, sehe sich in seiner Verantwortung für die Gesundheit seines Mitbruders verpflichtet, ihn „aus diesem Amt herauszunehmen“. Wie der Abt mit Schreiben vom 27.09.2001 mitteilte, wurde als neuer Prior mit Wirkung

zum 01.10.2001 **P. Christian Feurstein O.Cist.** ernannt. Er wird der VDO wie sein Amtsvorgänger als assoziiertes Mitglied angehören.

Das Provinzkapitel der **Süddeutsch-österreichischen Provinz der Herz-Jesu-Missionare** hat am 29. August 2001 in Steinerkirchen den bisherigen Provinzial **P. Andreas Steiner MSC** für ein zweites Triennium als Provinzial wiedergewählt.

Während des 47. Generalkapitels der **Bayerischen Benediktinerkongregation**, das in der ersten Septemberwoche in der Benediktinerabtei Niederaltaich stattfand, wurde **Abt Gregor Zasche OSB** (62), Abt des Benediktinerklosters Schäftlarn, für weitere vier Jahre als Abtpräses der Bayerischen Benediktinerkongregation wiedergewählt.

Bei der 15. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Cellerare und Prokuratoren (AGCEP), die vom 15. bis 18. Oktober 2001 im Kloster Reute bei Bad Waldsee stattfand, wurde turnusgemäß ein neuer Vorstand für die nächsten drei Jahre gewählt. Vorstandsmitglieder sind nun **P. Rüdiger Kiefer SAC** aus Limburg (Vorstandsvorsitzender), Br. Helmut Zech aus Münster (Kassenverwalter), P. Hermann Josef Reetz CSSp aus Knechtsteden (Protokollführer) sowie P. Jörg Dantscher SJ aus München und P. Laurentius Wild OSB aus Niederaltaich.

Prof. Dr. Stephan Haering OSB (41), Kirchenrechtler in Würzburg, wechselt zum Wintersemester 2001/2002 an die Münchener Ludwig-Maximilians-Universität. Bereits im April war er zum Inhaber des Lehrstuhls für Kirchenrecht an der Katholisch-Theologischen Fakultät der LMU ernannt worden. Seine Spezialgebiete sind Verwaltungsrecht sowie kirchliche Rechtsgeschichte. Prof. Dr. Haering ist in München Nachfolger des emeritierten Prof. Heribert Schmitz. – Der im niederbayerischen Grafenau geborene P. Ste-

phan Haering OSB trat nach dem Abitur 1978 in die Benediktinerabtei Metten ein. Von 1979 bis 1984 studierte er Theologie in Salzburg. 1983 legte er die Profess ab und empfing ein Jahr später die Priesterweihe. Mit einer rechtsgeschichtlichen Untersuchung der Verfassung der Bayerischen Benediktinerkongregation wurde der Ordensmann 1987 promoviert. Nach einem weiteren abgeschlossenen Studium der Germanistik und Geschichte habilitierte er sich in München 1996 für Kirchenrecht. Der Ruf an die Würzburger Universität erfolgte 1997.

Missions-Dominikanerinnen, Kirchstr. 9, 82444 Schlehdorf, **Wiederwahl: Provinzoberin Sr. Hanna Remke O.P.**

Dillinger Franziskanerinnen, Am Friedrichsbrunnen 7a, 96049 Bamberg, **Wiederwahl: Provinzoberin Sr. Bonita Mall**

Krankenschwestern vom Regulierten Dritten Orden des hl. Franziskus, St. Mauritz-Freiheit 44, 48145 Münster, **Wiederwahl: Provinzoberin Sr. Theresina Dehne**

Kreuzschwestern, Sitz der Provinz: Rochusberg 1, 55411 Bingen, **Neuwahl: Provinzoberin Sr. Margarita Simmendinger**, (Wohnsitz: Schillerstr. 13, 73072 Donzdorf)

Missionsärztliche Schwestern, Hammarskjöldring 127, 60439 Frankfurt, **Neuwahl: Disstriktkoordinatorin Sr. Dr. Maria Goetzens**, Vorgängerin: Sr. Agnes Lanfermann

Missionsschwestern vom Kostbaren Blut, Alte Amtsstr. 64, 33100 Paderborn Neuenbeken, **Neuwahl: Provinzoberin Sr. M. Uta Bodesheim CPS**, Vorgängerin: Sr. Maria-Irene Nelles

Schwestern des Erlösers, Ebracher Gasse 6, 97067 Würzburg, **Wiederwahl: Generaloberin Sr. Dr. M. Veronika Stauch**

Missionsschwestern „Königin der Apostel“, Bahnhofstr. 4, 59969 Hallenberg, **Neuwahl: Provinzoberin Sr. Jessica Nadakal**, Vorgängerin: Sr. M. Hilda Correia

Klarissenkonvent, Domplatz 34, 48143 Münster, **Neuwahl: Äbtissin Sr. Ancilla Röttger**, Vorgängerin: Sr. M. Theresia Haupt

Missionarinnen Christi – Region: Deutschland/Österreich, Schongauerstr. 20, 81377 München, **Neuwahl: Regionalleiterin Sr. Hildegard Schreier MC**

Nazarethschwestern vom hl. Franziskus e.V., Dorfstr. 27, 01728 Goppeln, **Neuwahl: Generaloberin Sr. Maria Huberta Kuttner**, Vorgängerin: Sr. Aloisia Kunze

Schwestern vom Göttlichen Willen, Region Deutschland – Nord Italien, Kettelerstr. 9, 38440 Wolfsburg, **Neuwahl: Schwester Maria Luisa Ferrazzi**, Vorgängerin: Sr. Gigliola Tuggia – (Rätin: Schwester Gabriella Davanzo)

Früherer VDO-Vorsitzender wird Geschäftsführer von Renovabis

P. Dietger Demuth CSsR, Provinzial der Kölner Provinz der Redemptoristen und langjähriger Vorsitzender der VDO (1997-2001), wurde bei der diesjährigen Herbstversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (24.-27.09.2001) in Fulda für die Dauer von zunächst fünf Jahren zum neuen Geschäftsführer von Renovabis gewählt. Er wird am 01. Juli 2002 die Nachfolge von P. Eugen Hillengass SJ antreten, der seit Gründung der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken im Jahr 1993 erster Geschäftsführer von Renovabis war und dessen Amtszeit bis 30.06.2002 verlängert wurde.



FAZ: „Ein reformiertes Kloster – Die Benediktinerabtei Plankstetten“

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 4. Oktober 2001 einen Artikel über die Benediktinerabtei Plankstetten, die von Autor Erwin Seitz als „Reformkloster unserer Zeit“ gerühmt wird. – Abt Gregor Maria Hanke OSB von Plankstetten wurde in diesem Jahr von der Mitgliederversammlung für die Amtszeit 2001-2005 in den Vorstand der VDO gewählt.

Erstmals wieder Benediktiner auf der Reichenau

Nach zwei Jahrhunderten sind erstmals wieder Mönche auf der Klosterinsel Reichenau. Wie der katholische Münsterpfarrer Alfons Weißer auf Anfrage in Mittelzell bestätigte, leben zwei Benediktiner seit 1. September 2001 auf der Bodenseeinsel. Nach Angaben Weißers hatten seit der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts keine Mönche mehr auf der Insel gesiedelt. – Am Inselfeiertag Mariä Himmelfahrt, am 15. August, ist die Reichenau offiziell in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen worden. Die Insel gilt als „herausragendes Zeugnis“ der religiösen und kulturellen Rolle eines Benediktinerklosters im Mittelalter. (Quelle: Kleusblatt Nr. 9/2001, S. 202).

Wie aus Heft 3/2001 der Briefe aus der Abtei Gerleve (S. 39) zu entnehmen war, lebt P. Stephan Vorwerk, der von 1995 bis Anfang 2001 in Israel (Jerusalem und Tabgha) gelebt und gearbeitet hat, seit September 2001 auf der Klosterinsel Reichenau im Bodensee. Bereits 724 wurde dort ein Benediktinerkloster errichtet, das sich rasch zu einem geistig-religiösen Zentrum mit überregionaler Bedeutung entwickelte. P. Stephan wird zusammen mit Abt Nikolaus Egender von Chevtagne an die monastische Tradition dieser histo-

risch bedeutsamen Stätte anknüpfen. Das „Ora et Labora“ wird aus dem Stundengebet und der Betreuung von Gästen bestehen.

Es wird ausdrücklich festgestellt, dass die neue monastische Cella keine Gründung von Gerleve ist, sondern eine eigene Initiative von P. Stephan Vorwerk in Zusammenarbeit mit der Erzdiözese Freiburg. Hintergrund seien seine Erfahrungen im Heiligen Land, besonders die vier Jahre als Superior in Tabgha.

Donauklöster demnächst im Fernsehen

Begonnen haben die Dreharbeiten für eine zehnteilige Fernsehreihe über Klöster an der Donau, die ab 18. Januar 2002 im Bayerischen Fernsehen zu sehen sein wird. Es handelt sich dabei um eine Co-Produktion des Bayerischen Rundfunks und des ORF mit der Münchener Produktionsgesellschaft Tellux. Die Donau war jahrhundertlang Reiseweg für die christlichen Missionare und Hauptverkehrsader in den Südosten Europas. An ihren Ufern entstanden Klöster als Zentren des Christentums, der abendländischen Zivilisation und auch der Wirtschaft. Zehn dieser Klöster werden in der Reihe vorgestellt: Beuron, Untermarchtal, Weltenburg, Niederaltaich, Schweiklberg, Wilhering, Baumgartenberg, Melk, Klosterneuburg und Wien. Dabei werden sich die verschiedenen Autoren nicht nur mit der Spiritualität der Orte auseinandersetzen, sondern auch mit ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Ausstrahlung und Bedeutung. (Quelle: Kleusblatt Nr. 9/2001, S. 205 f).

Kardinal Wetter fordert Änderung der Prüfstrukturen für Orden päpstlichen Rechts

Der Münchener Kardinal Friedrich Wetter hat die Finanzhilfe der bayerischen Bistümer für die Sanierung des hoch verschuldeten

Deutschen Ordens (DO) verteidigt. Der Kirche gehe es nicht darum, „ein wirtschaftliches Unternehmen zu sanieren, das durch schuldhaftes Handeln in Nöte geraten ist“, betonte Wetter am 20. September in Freising bei der Herbsttagung der bayerischen Bischöfe. Vielmehr gehe es um die betroffenen Patienten, Alten, Behinderten, Suchtkranken und Kleinbetriebe, „die mit Recht erwarten, dass sie für ihre geleistete Arbeit bezahlt werden“. Außerdem stünden mehr als fünftausend Bedienstete bei einer Auflösung des Ordens vor dem Aus.

Der Deutsche Orden hatte von der katholischen Kirche in Bayern im November 2000 und im Juli dieses Jahres insgesamt 30 Millionen Mark in Form von Darlehen erhalten. Mit diesen Hilfen habe die Kirche ein Prinzip der Solidarität eingelöst, nämlich solidarisch zu sein mit denen, „die durch Misswirtschaft des Deutsch-Ordens-Werkes zu Schaden gekommen sind“, unterstrich der Kardinal. Gleichzeitig versicherte er, dass die Diözesen nicht die Schulden des Deutschen Ordens begleichen müssten, sondern der Orden selbst. Wetter kündigte an, der Abschlussbericht der päpstlichen Visitatoren werde „in Bälde in Rom abgeliefert“. Außerdem habe er im Vatikan darauf gedrängt, die Prüfstrukturen für päpstliche Orden zu ändern. (Quelle: DT Nr. 38 / 22.09.2001, S. 4).

Arbeitskreis Ordensgeschichte des 19./20. Jahrhunderts lädt zur Tagung 2002 ein

Die Initiativegruppe Arbeitskreis Ordensgeschichte des 19./20. Jahrhunderts veranstaltet vom 1. bis 3. Februar 2002 eine zweite Tagung, nachdem an der ersten dieser Art Anfang Februar 2001 bereits über 30 Interessierte teilgenommen hatten. Für die zweite Tagung sind folgende vier Schwerpunkte vorgesehen:

- ◇ Präsentation laufender Projekte und Untersuchungen


- ◇ Vorläufige Bilanz der Diskussionen um die ausländischen Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs aus der Perspektive der Orden und Klöster
- ◇ Vorstellung unterschiedlicher Ansätze beim Verfassen einer Gesamtdarstellung zur Geschichte einer Kongregation
- ◇ Erörterung unterschiedlicher Quellengattungen – Chancen und interpretatorische Schwierigkeiten

Die Tagung beginnt am 1.2.2002 mit zwei Statements zum Thema „Die Orden und die Zwangsarbeiterfrage“, aus der Sicht deutscher und österreichischer Orden und Klöster. Am zweiten Tag geht es vormittags um „Die nichtsäkularisierten ständischen Männerklöster in Bayern nach 1803“ und um die „Sozial- und Mentalitätsgeschichte von Priesterkongregationen in Deutschland vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg“ und am Nachmittag um Werkstattberichte über verschiedene Modelle einer Kongregations- oder Provinzgeschichte. Am Abend dieses Tages wird Archivassessor Karsten Kühnel M.A., der in den letzten 13 Monaten für die VDO und den DKMR tätig war, über das von ihm erschlossene Archiv des Deutschen Katholischen Missionsrats berichten. Den Abschluss bildet eine Präsentation mit anschließendem Erfahrungsaustausch zum Umgang mit unterschiedlichen Quellengattungen bei der Ordensgeschichtsschreibung.

Die Tagung findet im „Forum Vinzenz Pallotti“ der Phil.-Theol. Hochschule Vallendar statt. Anmeldungen bis 05. Januar 2002 an Prof. Dr. Joachim Schmiedl, Postfach 1406, 56174 Vallendar.

TZI-Kurs für Leitungsverantwortliche

Das Generalsekretariat der VOD weist auf einen TZI-Kurs für Leitungsverantwortliche in geistlichen Gemeinschaften hin, der vom 4. bis 8. März 2002 im Ursulinenkloster Bornheim-Hersel stattfindet. Der Kurs steht un-



ter dem Thema „Steh auf, nimm deine Bahre und geh!“ (Joh 5,8). Es geht um Sendung und Aufbruch in die Zukunft. In der Kursinformation werden als Zielgruppe des Kurses zwar „Leiterinnen und Verantwortliche in geistlichen Gemeinschaften“ genannt, der Kurs ist aber auch offen für Ordensmänner in der Leitungsverantwortung.

Verbündete der Armen verbünden sich

Zum 12. Mal lädt Frau Prof. Ursula Adams namens der Katholischen Fachhochschule NW Abtl. Münster zu einem Kontaktseminar „Option für die Armen“ ein. Das Thema für 2002 lautet: „Verbündete der Armen verbünden sich – Von Einzelinitiativen zur Bewegung“.

Die Erfahrung lehrt, dass manche, die sich als Verbündete der Armen verstehen, sich allein fühlen. Wer sich auf diesen Dienst einlässt, braucht notwendig selber Verbündete. Deshalb soll bei der Tagung 2002 nach der Beheimatung und Verwurzelung in Gruppen und Gemeinschaften gefragt werden. Die zukünftige Pastoral werde – so die Kursankündigung – von der territorialen Großraum-Pastoral immer mehr zu den Lebensorten und kleinen Zellen hinfinden, wo Menschen sich im Glauben verbünden und miteinander Wege christlicher Praxis gehen. Deshalb ist zu fragen, ob nicht die vielen Treffs und „Offenen Türen“ zu Pionierstationen des Glaubens werden können. „Wenn wir uns Hand in Hand mit den Armen auf den Weg machen, dann ist die Vision einer ‚Kirche der Armen‘ Wirklichkeit.“

Die Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster, bietet den Raum und den Rahmen für eine Woche der Zusammenarbeit und versteht sich als Ort des gemeinsamen Suchens. Die Veranstaltung findet statt von Montag, den 25. Februar bis Freitag, den 1. März 2002. Eingeladen sind Ordensleute und Mitglieder geistlicher Ge-

meinschaften, die die Option für die Armen leben wollen, Fachleute im pastoralen und sozialen Dienst und Studierende der KFH. Teilnahmegebühren werden nicht erhoben. Für Essen und Materialien wird ein Unkostenbeitrag von DM 150 (umgerechnet in Euro) erbeten. Die Kosten für Fahrt und Unterkunft werden von den Teilnehmern getragen. Anmeldungen erbeten an das Sekretariat der KFH, Abt. Münster, Piusallee 89, 48147 Münster, Tel. 0251/41767-0, Fax 0251/41767-52. Adressen von preisgünstigen Unterkünften werden mit der Bestätigung zugeschickt.

Handreichung zum Wechsel eines Ordenspriesters in den Diözesandienst

Aus aktuellem Anlass hat das Generalsekretariat der VDO eine Handreichung zum Wechsel eines Ordenspriesters in den Diözesandienst erarbeitet. Darin werden u.a. Punkte genannt, die von Ordensseite her mit dem Bischof bzw. Generalvikar schon vor Beginn der Erprobungszeit angesprochen und geklärt werden sollten. Außerdem geht es in der Handreichung um die rechtliche Ausgestaltung der Erprobungszeit (Gestellungsvertrag oder Anstellungsvertrag?), um die erwünschte Anerkennung der Ordenszeiten als „ruhestandsfähige Dienstzeiten“ durch das Bistum (im Blick auf eine spätere Voll- oder Teilpension) mit unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten und um die Voraussetzungen für einen (ggf. von Ordensseite erwünschten und vom Gesetz her möglichen) Nachversicherungsaufschub. Die Handreichung enthält schließlich einen Mustertext für eine Erstattungsvereinbarung zwischen Ordensgemeinschaft und Bistum mit verschiedenen Varianten. – Diese Handreichung kann in etwas modifizierter Form auch beim Wechsel eines Ordenspriesters in eine andere Ordensgemeinschaft verwendet werden. Die Handreichung bezieht sich nur auf einen Wechsel in eine deutsche Diözese bzw. eine

Ordensgemeinschaft mit Sitz in Deutschland. Im Fall eines Übertritts in eine Diözese außerhalb Deutschlands oder eine Ordensgemeinschaft, die ihren Sitz nicht in Deutschland hat, sind grundsätzlich andere Rahmenbedingungen zu beachten. So ist für diesen Fall eine Nachversicherung des übertretenden Ordenspriesters in der gesetzlichen Rentenversicherung immer durchzuführen. Die Handreichung kann von den Höheren Ordensoberen bei Bedarf im Generalsekretariat der VDO angefordert werden.

Alternative Energiezentrale im Kloster Benediktbeuern

Die Salesianer Don Boscos von Kloster Benediktbeuern haben eine alternative Energiezentrale offiziell in Betrieb genommen. Strom und Wärme für die gesamte Klosteranlage liefern ab sofort Sonne, Wasser, Rapsöl, Holzhackschnitzel und ein Blockheizkraftwerk. Lediglich 29 Prozent vom Strombedarf müssen aus dem Netz bezogen werden. Der 5,5 Million Mark teure Komplex versorgt vierhundertvierzig Klosterräume und sechshundert Bewohner, Besucher und Hochschüler. Der Umwelt wird der Ausstoß von jährlich tausendvierhundert Tonnen Kohlendioxid erspart. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber würdigte die Anlage als „Meilenstein für den Schutz der Ressourcen und des Klimas“. Umwelterziehung und Umweltbildung seien bei den Salesianern in Benediktbeuern „zweifellos in den besten Händen“. Der Provinzial der süddeutschen Salesianer, P. Herbert Bihlmayer, sagte, der Orden wolle jungen Menschen „Ehrfurcht vor dem Schöpfer und den Geschöpfen“ vermitteln. Die Energiezentrale war in nur einem Jahr Bauzeit aus Mitteln des Freistaats, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der E.ON Energie AG und des Zentrums für Umwelt und Kultur in Benediktbeuern (ZUK) errichtet worden.

(DT, Nr. 115 vom 25.09.2001)

Online-Erschließung des VDO-Archivs

Von Mitte August 2000 bis Ende September 2001 war im Rahmen eines befristeten Projekts ein ausgebildeter Archivar des höheren Dienstes im Bamberger Generalsekretariat der VDO und des DKMR tätig, um das dortige Archiv beider Einrichtungen aufzubauen und nutzbar zu machen. Die Erschließung der Bestände wurde inzwischen mit der Übergabe des online-fähigen Findbuchs zu Ende gebracht. Die Internetadresse lautet: <http://orden.de/avdo/>.


Angebot zur Fort- und Weiterbildung in Sachen Schulpastoral

Die Kirchliche Arbeitsstelle für Fernstudien „Theologie im Fernkurs“ bietet einen Fortbildungsgang „Schulpastoral“ mit 10 Studieneinheiten als Fernstudien-Materialien mit weitreichenden Lern-, Diskussions- und Anwendungshilfen an. Das Programm ist auf unterschiedliche Verwendungsweisen hin entwickelt:

Die Studieneinheiten können jederzeit einzeln, insgesamt oder nach eigener Zusammenstellung zum reinen Selbststudium oder für Arbeitsgruppen bezogen und studiert werden.

Die Studieneinheiten können von Kursträgern (z.B. Ordensschulvereinigungen, diözesane Schulabteilungen und Jugendämter, Institute zur Lehrerfortbildung) zur Gestaltung und Durchführung von Veranstaltungen und Kursen nach eigenen Vorstellungen und in eigener Regie abgerufen werden.

Für den sogenannten Gesamtkurs „Weiterbildung Schulpastoral“ mit Zertifikatserwerb hat die Kirchliche Arbeitsstelle eine Kursplanungsmappe entwickelt. Der Gesamtkurs umfasst bei einer regulären Dauer von 1 1/2 Jahren das Bewerbungsverfahren, die Erarbeitung der 10 Studieneinheiten



ten im Selbststudium und in regionalen Arbeitsgruppen, 6 viertägige Präsenzphasen mit 2 Kursleitern/-innen, Supervision und Zertifikatserwerb mit Hausarbeit und Kolloquium.

Bestellungen und Informationen bei: Kirchliche Arbeitsstelle für Fernstudien, Theologie im Fernkurs, Postfach 11 04 55, 97031 Würzburg, Tel. 0931/3505-121, Fax -134.

Benediktiner-Stiftung will Frieden im Nahen Osten fördern

Eine Stiftung zur Förderung des Friedens im Nahen Osten haben die Benediktiner-Kongregationen in der Schweiz, in Österreich und Deutschland gegründet. Hauptziele der „Stiftung Hagia Maria Sion“ seien der Aufbau einer Friedensakademie in Jerusalem zur Förderung des Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslims und die wirtschaftliche Sicherung der Jerusalemer Hagia Maria Sion-Abtei, hieß es bei der Vorstellung des Projekts in Mainz. Schirmherr soll der jeweilige Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz sein, derzeit der Bischof von Mainz, Kardinal Karl Lehmann. Ihren Sitz hat die Stiftung in Mainz.

Lehmann sagte bei der Präsentation, angesichts der Gewalttaten in Israel und besonders in Jerusalem dürften Christen nicht untätig bleiben. Er hoffe, dass die Benediktiner-Stiftung viele Förderer und Sympathisanten finde. Der aus Rom angereiste Abtprimas der Benediktiner, Notker Wolf, hob hervor, Klöster seien schon immer Förderer des Friedens gewesen.

Der Abt der Hagia Maria Sion-Abtei, Benedikt Lindemann, erklärte, es sei eine wichtige Aufgabe der Christen im Heiligen Land, die Menschen für Gerechtigkeit und Frieden empfänglich zu machen. Von Lindemann war die Initiative zur Stiftungsgründung ausgegangen. Nach Darstellung der Benediktiner wird die Errichtung der Friedensakademie etwa 13 Millionen Mark kosten. Die Akade-

mie mit Namen „Beit Benedikt“ solle in unmittelbarer Nähe zur Abtei Hagia Maria Sion gebaut werden. Neben der Förderung des interreligiösen Gesprächs solle die Akademie kulturelle, wissenschaftliche und gesellschaftlich-politische Veranstaltungen unterstützen.

(DT, Nr. 106 vom 4. September 2001)

Steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Grundkurs

Vom 28. bis 31. Januar 2002 findet im Gästehaus der Benediktinerabtei Münsterschwarzach der nächste „Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Grundkurs“ statt, den das Generalsekretariat der VDO inzwischen schon zum 16. Mal veranstaltet.

Die Nachfrage insbesondere neu ins Amt kommender oder gekommener Ordensökonominen und -ökonomen, aber auch manch „alter Hasen“ zur Auffrischung der Grundkenntnisse im Steuer- und Sozialversicherungsrecht, soweit es speziell die Ordensgemeinschaften und Klöster bzw. die einzelnen Ordensleute betrifft, ist ungebrochen. Auch Höhere Oberinnen und Obere lassen sich bei diesem Grundkurs wichtige Grundkenntnisse vermitteln, um für anstehende Entscheidungen das nötige Hintergrundwissen zu haben.

Sollten wieder – wie bei den früheren Kursen – wesentlich mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze vorhanden sind (maximale Kursgröße: 40 Teilnehmer) – wird entweder im Spätsommer 2002 oder Anfang 2003 ggf. ein weiterer Grundkurs angeboten.

Kein Bundeszuschuss mehr für land- und forstwirtschaftliche Klosterbetriebe

Ein bisher üblich gewesener Bundeszuschuss für die landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV), den u.a. auch Klöster und

Ordensgemeinschaften zur Reduzierung ihrer Beiträge an diese Unfallversicherung erhielten, ist generell für alle land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen, die der „öffentlichen Hand“ zuzurechnen sind, gestrichen worden. Diese Streichung hat bei zahlreichen Klöstern und Ordensgemeinschaften für erheblichen Unmut gesorgt, da es hier um z.T. größere Beträge geht, die künftig aus eigenen Mitteln zu zahlen sind. Vor allem wurde argumentiert, dass eine Streichung des Bundeszuschusses nicht für kirchliche Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Klöster und Ordensgemeinschaften in Frage kommen könne, die wohl kaum der „öffentlichen Hand“ zuzurechnen sind, zumal sie ja nicht steuereinzugsberechtigt sind (wie z.B. die Bistümer, die von der Streichung des Bundeszuschusses ebenfalls z.T. in sehr erheblichem Umfang betroffen sind). Manche Klöster waren sogar bereit, gerichtlich gegen die Streichung des Bundeszuschusses vorzugehen, nachdem die eingelegten Widersprüche allesamt abgeschmettert wurden. Eine Umfrage des Generalsekretariats der VDO im kirchlichen Bereich ergab, dass die Belastung aufgrund der Streichung des Zuschusses und damit der Unmut über diesen Schritt auch bei etlichen Bistümern und ebenso im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland sehr groß ist und man sich schon darauf geeinigt hatte, nicht gerichtlich, sondern auf politischer Ebene diese Sache weiter zu verfolgen. Von katholischer Seite war diesbezüglich bereits das Katholische Büro in Berlin tätig geworden und hatte sich im Interesse aller betroffenen Einrichtungen im katholischen Bereich – die Ordensgemeinschaften und Klöster als Träger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe eingeschlossen – für eine großzügige Auslegung des Bescheids zugunsten kirchlicher Träger eingesetzt, mit dem die Streichung von Bundesmitteln für Unternehmen der öffentlichen Hand verordnet worden war. Mit Schreiben vom 06.06.2001 hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMVEL)

dem Katholischen Büro daraufhin geantwortet, dass kein Anlass für eine Klarstellung oder großzügige Auslegung des Bescheids bestehe, denn:

„Die besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheids des BMVEL vom 03.01.2001 enthalten eine für die Verteilung der Bundesmittel LUV eindeutige und abschließende Definition des Kreises der Unternehmen, die keine Beitragsgutschriften aus Bundesmitteln LUV erhalten sollen. Die in diesem Zusammenhang auch erwähnte und im folgenden für die Bundesmittelverteilung näher konkretisierte Begriff der „öffentlichen Hand“ ist so zu verstehen, dass für die Bundesmittelberechtigung allein auf die Rechtsform desjenigen abgestellt wird, der die Mehrheit der Geschäfts-/Gesellschaftsanteile des betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmens hält. Die betreffende Regelung in den Besonderen Nebenbestimmungen muss als Einheit gesehen werden und lässt aus meiner Sicht keine Auslegungszweifel zu.

Bei dem vorstehend geschilderten Verständnis des Zuwendungsbescheids vom 03.01.2001 wird auch nicht die besondere verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen in Frage gestellt. Es ist unbestritten, dass die Kirchen dem Staat in keiner Weise inkorporiert sind, also auch nicht im weitesten Sinne „staatsmittelbare“ Organisationen oder Verwaltungseinrichtungen sind. Die Zuwendungsbedingungen bestimmen alleine, dass die Bundesmittel LUV einem landwirtschaftlichen Unternehmen dann nicht zustehen, wenn der Eigentümer dieses Betriebes in einer bestimmten Rechtsform organisiert ist. Dabei ist es unstrittig, dass die Kirchen, auch wenn sie ihre wesentlichen Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten nicht vom Staat ableiten, formal die Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft aufweisen. Bei Zugrundelegung dieses Merkmals können die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zugunsten land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen

der Kirche aber keine Bundesmittel mehr zur Beitragsenkung verwenden.

Eine Ihrer Auffassung nach erforderliche Klarstellung der Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides ist aus meiner Sicht bereits deshalb entbehrlich, da auch der Adressat des Zuwendungsbescheides, der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen, die in Frage stehende Bestimmung des Zuwendungsbescheides folgerichtig interpretiert hat. Auch der Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften weicht hiervon beim Vollzug nicht ab. Aufgrund der Tatsachen, dass der Zuwendungsbescheid als Verwaltungsakt sowohl von der erlassenden Behörde als auch von dem Adressaten hinsichtlich der von Ihnen in Zweifel gezogenen Bestimmungen einvernehmlich interpretiert wird, sehe ich für den Zuwendungsbescheid 2001 nicht die Notwendigkeit einer Klarstellung.“

Fazit: Der Versuch, über die politische Schiene eine Rücknahme der Streichung von Bundesmitteln LUV für den Bereich der in kirchlicher Trägerschaft befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu erreichen, war nicht erfolgreich. Ob es dann noch sinnvoll ist, auf gerichtlichem Weg etwas zu erreichen zu wollen, ist aufgrund der vom BMVEL vorgetragenen rein formalistischen Argumentation mehr als fragwürdig. Außerdem mahnen uns einige Bistümer, keine weiteren Schritte in dieser Sache zu unternehmen, sondern die sicher schmerzliche Streichung der Mittel in Kauf zu nehmen, weil es sonst auf anderen Gebieten viel größere Einbrüche geben könnte. So werden z.B. Wälder im Besitz von Diözesen von staatlichen Forstämtern mit betreut, weil die Eigentümer Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Würde man sich im landwirtschaftlichen Bereich wegen der Streichung der Bundesmittel durchsetzen mit dem Argument, kirchliche Träger landwirtschaftlicher Unternehmen seien nicht der „öffentlichen Hand“ zuzurechnen, könnte dann eine Streichung der bisher kostenlosen Beförderung von

kirchlichem Wald durch staatliche Forstämter die Folge sein, was von den dann notwendigen Aufwendungen her weitaus teurer käme als der Verzicht auf den Bundeszuschuss LUV für den landwirtschaftlichen Bereich.

Einführung in Leitungsaufgaben für Ordensobere

Zum zweiten Mal fand bereits ein von der VDO initiiertes Einführungskurs in Leitungsaufgaben für Ordensobere statt. Es sind jeweils drei Kursblöcke von zwei Tagen (von Mittag bis Mittag), die im Markushof von Gadheim (oberhalb von Veitshöchheim bei Würzburg) stattfinden.

Für den nächsten Einführungskurs im kommenden Jahr (11./12.04., 07./08.05. und 25./26.06.2002) sind noch einige Plätze frei. An den beiden ersten Kursen haben auch Ordensobere teilgenommen, die schon länger im Amt sind, darunter auch einige Äbte. Der Kurs ist nicht begrenzt nur auf ganz neu ins Amt gekommene Ordensobere, wenngleich er insbesondere diesen Kreis ansprechen will. Anmeldungen bitte an das Generalsekretariat der VDO in Bamberg.

Neues Salesianer-Stiftungszentrum für Jugendsozialarbeit

Die Salesianer Don Boscos haben mit ihrem neuen Stiftungszentrum für Jugendsozialarbeit in Benediktbeuern seit Ende Januar 2001 bereits mehr als eine Million Mark Grundkapital eingesammelt. Unter dem Dach des Zentrums existieren inzwischen sieben Stiftungen, teilte der Provinzial des Ordens, Herbert Bihlmayer, in München mit. Bei anhaltender Nachfrage könne der Orden in den nächsten fünf Jahren 40 Stiftungen auf den Weg bringen; dies wären doppelt so viele wie geplant. Das bundesweit einzigarti-

ge Projekt geht auf Vorbilder in den USA zurück. Bereits mit einer Einlage von 10.000 Mark können Bürger innerhalb von nur drei Wochen eine eigene Stiftung gründen, die ihren Namen trägt, und den Zweck festlegen. Laut Provinzial Bihlmayer haben sich bisher 95 Personen über das Zentrum informiert; mit 16 gebe es konkrete Gespräche. Wer künftig einer stetig wachsenden Zahl vernachlässigter und von Armut bedrohter Jugendlicher helfen wolle, sei auf die Hilfe privater Stifter angewiesen. Den Stiftern werden alle Formalitäten abgenommen. Die eigentliche Gründung kostet nichts. Für die Basisverwaltung werden jeweils drei Prozent der Stiftungseinnahmen berechnet. Als Manager haben die Ordensmänner den Betriebswirt Philipp Hof gewonnen.

Durch Stiftungen sollen Projekte der Salesianer wie das neue Haus für Straßenkinder in Moskau oder ein Zirkusprojekt für schwererziehbare Jugendliche in Bamberg gefördert werden. Die steuerlichen Rahmenbedingungen ermöglichen es den Stiftern, innerhalb von zehn Jahren 600.000 Mark steuerfrei in die eigene Stiftung einzuzahlen. Durch die Auswahl des jeweiligen Stiftungsvorstands, z.B. aus dem Kreis der eigenen Kinder und Enkel, könnten die Stifter sicherstellen, dass ihr Geld dauerhaft in ihrem Sinne verwendet wird.

Die Salesianer sind der drittgrößte katholische Orden. Seine Mitglieder arbeiten in 121 Ländern der Welt, zumeist mit Jugendlichen. (OR Nr. 29 vom 20.07.2001, S. 4)

Internationales Treffen von Benediktinerschülern

Ein sechstägiges Welttreffen aller benediktinischen Schulen fand bis 15. Juli im Egbert-Gymnasium der unterfränkischen Abtei Münsterschwarzach statt. Es war das erste Mal, dass mehr als dreihundert Mädchen und Jungen aus hundertzwanzig Ordensschulen zusammenkamen. Die Gäste stammten un-

ter anderem aus England, Ungarn, den Vereinigten Staaten, Korea, den Philippinen, der Republik Südafrika und aus Tansania. Organisiert wurde das Treffen von den Schulen der Benediktinerabtei Münsterschwarzach, Meschede im Sauerland, St. Ottilien in Oberbayern und Kloster Wald am Bodensee (DT Nr. 84 vom 14.7.2001, S. 8).

„Gestellungsvertrag ist erwerbsdienlich“

Eine in Koblenz erscheinende Tageszeitung berichtete unter der Überschrift „Hier gilt 'normales' Arbeitsrecht. Das Koblenzer Sozialgericht musste die Klage einer ausländischen Ordensfrau zurückweisen, die 'ausgeliehen' worden war“:

Ausländische Ordensangehörige aus Staaten, die nicht zur Europäischen Union gehören, benötigen eine Arbeitsgenehmigung, wenn sie außerhalb von Einrichtungen des eigenen Ordens als Krankenschwester oder Altenpflegerin gegen Bezahlung arbeiten.

Die 1970 in Indien geborene Klägerin gehört einer katholischen deutschen Ordensgemeinschaft an und war bis 30. September 1999 im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung für ihre Ausbildung als Krankenschwester in einem Krankenhaus und Altenwerk, das von ihrem Orden betrieben wird. Im August 1999 beantragte sie eine Arbeitsgenehmigung als Altenpflegerin im Rahmen eines „Gestellungsvertrages“. Die Ordensgemeinschaft verpflichtete sich darin, die Klägerin einer ordensfremden Einrichtung „zur Verfügung zu stellen“. Dafür sollten monatlich 4420 Mark gezahlt werden, nicht an die „ausgeliehene“ Altenpflegerin, sondern an ihren Orden. Und der wiederum sollte für deren Unterhalt aufkommen. Für diese Tätigkeit erhielt die Klägerin eine „befristete vorläufige Aufenthaltsgenehmigung“ von der zuständigen Ausländerbehörde. Nicht aber die Arbeitsgenehmigung von der Bundesanstalt für Arbeit. Begründung: Die ursprüngliche

Bewilligung des Aufenthalts galt nur für die Ausbildung an einem bestimmten Haus. Ein anderer Arbeitgeber war nicht vorgesehen. Die Klägerin pochte darauf: Meine Beschäftigung muss genehmigungsfrei sein, denn die dient nicht in erster Linie dem Erwerb, sondern sie beruht auf caritativen und religiösen Beweggründen. Ich bekomme ja nicht einmal die Entlohnung ausgezahlt.

Die 1. Kammer unter dem Vorsitz von Gerichtspräsident Ernst Merz entschied gegen die Klägerin. Ein „Ordensgestellungsvertrag“ sei sehr wohl erwerbsdienlich, auch dann, wenn caritative und religiöse Motive zu Grunde liegen. Die „Gestellungsleistung“ sei nicht gering, sondern entspreche einem normalen Arbeitslohn – auch wenn er dem Orden zufließt und vielleicht später wieder für caritative Zwecke genutzt wird (Az.: S 1 Al 180/00).

Das Generalsekretariat der VDO kommentierte den Vorgang wie folgt: Nach altem und neuem Betriebsverfassungsgesetz (§ 5 Abs. 2 Nr. 3) gelten „Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerb dient, sondern vorwiegend durch Beweggründe caritativer oder religiöser Art bestimmt sind“, nicht als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes und bedürfen daher auch keiner Arbeitserlaubnis, wie § 9 Satz 1 Nr. 1 Arbeitserlaubnis-Verordnung bestätigt: „Keiner Arbeitserlaubnis bedürfen die in § 5 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes aufgeführten Personen.“ Von Behördenseite wird seit einiger Zeit unterstellt, dass die Beschäftigung ausländischer Ordensleute im sozial-caritativen Bereich auch dann mit Erwerbsabsichten verbunden sei, wenn sie im Rahmen eines Gestellungsvertrags tätig werden und persönlich keinerlei Entgelt für ihre Tätigkeit erhalten, sondern nur die entsendende Ordensgemeinschaft. Diese Auffassung wurde nun durch das Koblenzer Urteil gerichtlich bestätigt. Als Folge davon verweigert im konkreten Fall das zuständige Arbeitsamt der aus dem Ausland stammenden Ordensschwester eine Arbeitserlaubnis, deren Notwendigkeit

von Ordensseite zurecht bestritten wurde. Das Urteil ist zu interpretieren auf dem Hintergrund der Frage, ob Personen ausländischer Herkunft im Zuge der Anwerbestopp-Verordnung immer eine Arbeitserlaubnis brauchen oder nicht. Wird diese Frage bejaht (und das will die derzeitige Bundesregierung und wollte auch die vorherige Bundesregierung angesichts der großen Zahl deutscher Arbeitsloser), werden damit auf dem Verwaltungswege andere geltende Bestimmungen (der Arbeitserlaubnisverordnung und des Betriebsverfassungsgesetzes) effektiv außer Kraft gesetzt. Dagegen haben die Ordensobern-Vereinigungen in Verbindung mit dem Katholischen Büro in Bonn/Berlin bereits Widerspruch beim Bundesarbeitsministerium eingelegt und eine gangbare Lösung zu finden versucht.

Das Koblenzer Urteil kann aber mittelfristig auch für alle andere Ordensgemeinschaften in Deutschland, deren Mitglieder auf der Basis von Gestellungsverträgen tätig werden, eine negative Wirkung zeitigen, weil das Gericht den Gestellungsvertrag im Blick auf das gestellte Ordensmitglied als „sehr wohl erwerbsdienlich“ einschätzt. Das für die erbrachte Leistung des gestellten Ordensmitglieds an den Orden gezahlte Gestellungsgeld sei „nicht gering, sondern entspreche einem normalen Arbeitslohn“. Dabei spiele es keine Rolle, wem das Geld zufließe und wofür es später verwandt werde (z.B. wieder für caritative Zwecke). Von seiner solchen Argumentation aus ist es nicht mehr weit zur Frage, ob und wie und von wem die Einkünfte aus einem „erwerbsdienlichen“ Gestellungsvertrag zu versteuern sind.

Fakt ist, dass Einkünfte einer Ordensgemeinschaft aus Gestellungsverträgen keine persönlichen Einkünfte der gestellten Ordensmitglieder sind (dann wären sie lohn- bzw. einkommensteuerpflichtig), sondern Einkünfte der Ordensgemeinschaft als juristischer Person, die nach § 4 Nr. 27a Umsatzsteuergesetz (!) nicht der Umsatzsteuer unterliegen.

Steyler Bank

Die Steyler Bank GmbH in Sankt Augustin, gegründet 1964 als „Steyler Missionssparinstitut“, ist nach eigenen Angaben die einzige Bank in Deutschland, die ihre Erträge nicht an Aktionäre oder Teilhaber ausschüttet, sondern der Missionsarbeit der Steyler Missionare weltweit zur Verfügung stellt. Am gleichen Platz, aber in neuen Räumen, mit moderner Technologie und erweitertem Kundenangebot, legte die Bank ihren Jahresbericht 2000 vor.

Danach flossen im Berichtsjahr 4,8 Millionen DM in 184 soziale, caritative und pastorale Projekte in 34 Ländern. Die Summe stammt mit 1,5 Millionen DM aus dem Bankgeschäft, während 3,3 Millionen DM freiwillige Spenden der Kunden in Form von Zinsspendungen und Kapitalabtretungen sind. Seit 1.1.2000 bietet die Steyler Bank auch das Wertpapiergeschäft an und konnte im ersten Jahr bereits 74 Kundendepots mit einem Gesamtkurswert von 7,6 Millionen DM akquirieren. Als Vollbank betreibt die Steyler Bank das gesamte Bankgeschäft.

(steyl aktuell 143/2001 vom 01.07.2001)

Sorge um den Schutz des menschlichen Lebens in all seinen Phasen

Im Zuge der anhaltenden breiten Diskussionen um Stammzellenforschung, Züchtung von Embryonen zum Zweck medizinischer Forschung, Präimplantationsdiagnostik, Abtreibung und Spätabtreibung bis hin zur Frage der aktiven Sterbehilfe und der „Tötung auf Verlangen“ werden auch die Ordensobern-Vereinigungen immer mehr angefragt, ob und wie sie sich an dieser Diskussion beteiligen und Flagge zeigen.

Einige Initiativen und Verbände aus dem kirchlichen Bereich sind diesbezüglich an die Ordensobern-Vereinigungen herangetreten mit der Bitte um Unterstützung ihrer Aktio-

nen. So hat sich beispielsweise auch die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) mit der Bitte an die Generalsekretariate der VDO und VOD gewandt, die von ihr initiierte Unterschriftenaktion „Hände weg vom Embryonenschutzgesetz“ zu unterstützen und zu veranlassen, dass „in den Ordenshäusern, die rege besucht werden“ Unterschriftenlisten aufgelegt werden. Das „könnte unser gemeinsames Anliegen sehr fördern“, schreibt die Generalsekretärin der kfd an die sehr geehrten „Herren Patres im Vorstand der VDO“. Der geschäftsführende Vorstand der VDO hat in Absprache mit den Schwestern aus dem Vorstand der VOD entschieden, keine Einzelaktionen zu unterstützen, die Mitglieder der Vereinigungen aber auf die Anliegen hinzuweisen.

Wer sich über die Unterschriftenaktion „Hände weg vom Embryonenschutzgesetz“ der kfd näher informieren und deren Unterschriftenlisten in Ordenshäusern etc. auflegen möchte, wende sich bitte unmittelbar an den Bundesverband der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Postfach 32 06 40, 40421 Düsseldorf, Tel. 0211/44992-0, Fax 0211/44992-75. Generalsekretärin dort ist Frau Annette Rieks.

Berichte und Beispiele missionarischer Seelsorge

Als praktische Ergänzung zum Wort der deutschen Bischöfe „Zeit zur Aussaat. Missionarisch Kirche sein“ erschien kürzlich das Bändchen „Auf der Spur ... Berichte und Beispiele missionarischer Seelsorge“ als Band 159 der Schriftreihe „Arbeitshilfen“ des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz. Darin enthalten sind kurze Erfahrungsberichte zu Themen wie „Neuzugezogene besuchen“, „Sorge für Modernisierungsverlierer“, „Citypastoral“, „Begleitung Sterbender“, „Seelsorge im Internet“, „Kirche an der Küste“, etc. Das interessante Heft mit einem Vorwort von Bischof Wanke (Erfurt) ist als

Einzelexemplar kostenlos erhältlich in der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz, Postfach 2962, 53019 Bonn, Tel. 0228/103-225, Fax -334, eMail: o.john@dbk.de

Leben in der Illegalität in Deutschland

Die Kommission für Migrationsfragen der Deutschen Bischofskonferenz hat 2001 eine Studie veröffentlicht mit dem Titel: „Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung“. Darin wird das Phänomen der Migration kurz beschrieben und dargestellt, was Illegalität in Deutschland bedeutet, um welche Personengruppen es dabei geht und wie deren soziale Situation ist. Untersucht werden verschiedene Ursachenkomplexe bis hin zu Frauenhandel und Schlepper- und Schleusertätigkeit. Es folgt eine Darstellung der Formen und des Ausmaßes von illegaler Beschäftigung und der Beweggründe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

In einem zweiten Teil wird ein ethischer Orientierungsrahmen aus verschiedenen Komponenten erstellt (biblische Leitlinien, Kirche im demokratischen Rechtsstaat, Menschenrecht als Maßstab für Recht und Politik). In diesem Kontext werden die Möglichkeiten und Aufgaben der Kirche aufgezeigt (Seelsorge, Soziale Dienste, Bildungseinrichtungen) und Handlungsfelder für die Politik beschrieben (Soziale Mindeststandards, Asyl- und Ausländerrecht, Arbeitsmarkt, Legalisierung in Europa).

Die Studie der Migrationskommission ist als Heft 25 in der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Schriftenreihe „Die deutschen Bischöfe“ erschienen. Einzelexemplare kostenlos unter der Bestelladresse: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Postfach 2962, 53019 Bonn, Tel. 0228/103-205, Fax -330.

„Kein Mensch ist illegal“

Die Erzdiözese München und Freising und der Caritasverband für die Erzdiözese München und Freising e.V. haben ein Positionspapier zur Situation von sogenannten „illegalen“ Menschen entwickelt.

Hochschulen im Wandel: Chancen und Herausforderungen an Ordenshochschulen

Die Arbeitsgemeinschaft der Ordenshochschulen (AGO) hat eine Dokumentation der von ihr am 18. November 2000 in Vallendar veranstalteten Festakademie herausgegeben. Dokumentiert werden u.a. die Festpredigt des inzwischen zum Kardinal erhobenen neuen Präfekten der vatikanischen Bildungskongregation, Erzbischof Grochowski (Rom), verschiedene Grußworte und die Vorträge von Frau Prof. Dr. Riedel-Spangenberg (Mainz) und Prof. Dr. Medard Kehl SJ (Frankfurt St. Georgen).

Ordensschulen und Ordensdirektoren-Vereinigung im Internet

Unter der Adresse <http://www.odiv.de> ist die Ordensdirektoren-Vereinigung (ODIV), die sich seit 1995 „Vereinigung katholischer Schulen in Ordenstradition“ nennt, im Internet vertreten. Außerdem sind inzwischen alle Schulen der ODIV unter der Adresse <http://www.ordensschulen.de> im Internet zu finden, und zwar geordnet nach Bundesländern und detailliert nach Schulformen.

Die Ordensdirektoren-Vereinigung mit ihren beiden Sektionen „Ordensschulen“ und „Ordensinternate“ hat ihre Wurzeln in einem bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgten Zusammenschluss der Direktoren von Jungenschulen in Ordensträgerschaft. Da die meisten Ordensschulen reine Inter-

natsschulen waren, lagen Leitung von Schule und Internat oft in einer Hand. Deshalb tagten die Direktoren und Internatsleiter bis 1969 gemeinsam. Im Zuge des sich immer mehr differenzierenden Schulsystems wuchs die Anzahl der Mitglieder, so dass bei den Tagungen die Anliegen und Probleme der Internatserzieher zu kurz kamen. Daher wurde die Ordensdirektoren-Vereinigung 1970 in zwei Teilverbände – „ODIV-Sektion Schule“ und „ODIV-Sektion Internate“ – gegliedert, die unter dem neuen Namen „Vereinigung Deutscher Ordensschulen und -internate“ miteinander verbunden blieben. Seit 1976 gehören auch die Direktorinnen und Direktoren von Ordensschulen in der Trägerschaft weiblicher Ordensgemeinschaften zur „ODIV-Sektion Schule“. Um ehemaligen Ordensschulen, deren Trägerschaft an ein Bistum oder einen Trägerverein übergegangen ist, die Fortsetzung der Mitgliedschaft in der ODIV zu ermöglichen, erweiterte die „ODIV-Sektion Schule“ 1995 ihre Satzung und nennt sich seitdem „Vereinigung katholischer Schulen in Ordenstradition“.

Vereinigung der Benediktinerinnen im deutschsprachigen Raum (VBD)

In der letzten Septemberwoche tagte die Vollversammlung der Vereinigung der Benediktinerinnen im deutschsprachigen Raum (VBD) in Maria Laach. In dieser Versammlung wurde der Vorstand neu gewählt. Die Wahl für die erste Vorsitzende fiel auf Äbtissin Ursula Schwalke, Abtei St. Gertrud, Alexanderdorf.

Die bisherige Vorsitzende, Frau Lucia Wagner aus der Gemeinschaft Venio, kandidierte nicht mehr für den Vorsitz, wurde jedoch zweite Vorsitzende.

Äbtissin Maria-Regina Kuhn aus der Abtei Kellenried wird die VBD weiter bei den VOD-Mitgliederversammlungen vertreten.

Jubiläumsfeier der Armen Dienstmägde Christi

Am 15. August 2001 feierten die Armen Dienstmägde Jesu Christi in Dernbach das 150-jährige Bestehen ihrer Ordensgemeinschaft. Die Provinzoberin, Sr. Christeta Hess, ließ in ihrem Festvortrag die wechselvolle Geschichte der Kongregation lebendig werden. Die fast tropischen Temperaturen im Festzelt konnten die Aufmerksamkeit der vielen Gäste kaum beeinträchtigen. Die Geschichte spiegelt in der Wechselbeziehung mit Gesellschaft, Staat und Kirche, die Entwicklung und Ausbreitung vieler Frauenkongregationen wider, die im 19. Jahrhundert gegründet wurden.

Heilende Gemeinschaft

Die „Heilende Gemeinschaft“ in der Trägerschaft von „Lumen Christi“ in Maihingen versteht sich als ein spezielles Angebot im Blick auf innere Heilung, Persönlichkeitsentwicklung und geistliches Wachstum. Die verschiedenen Angebote sind:

- ◇ Seminare zur Inneren Heilung und Persönlichkeitsentwicklung
- ◇ Oasen-Tage – zur Quelle kommen
- ◇ Intensiv-Tage – den Knoten lösen
- ◇ Fortbildung in Christlich-integrativer Seelsorge

Sie zielen darauf ab, die Gäste und Kursteilnehmer zu einem tieferen Selbstvertrauen, zu einer offeneren Begegnung mit anderen und zur befreienden Gottesbegegnung zu begleiten. Sie wollen dazu beitragen, dass menschliches Leben in seiner Fülle gelingt (Joh 10,10).

Neben ausgeschriebenen Kursangeboten bietet die „Heilende Gemeinschaft“ Menschen die Möglichkeit, sich an den angegebenen Zeiten oder nach Absprache einige Tage im Haus „Quell in der Wüste“ zurückzuziehen, Schritte zur inneren Heilung zu gehen, an der Lösung eigener Knoten (Schwie-

rigkeiten, Problemen, Konflikten) zu arbeiten oder sich einfach Tage der Stille und Erholung zu gönnen.

Informationen: Heilende Gemeinschaft, Pfarrer-Jeck-Str. 8, 86747 Maihingen, Tel./Fax 09087/808, eMail: heilende.gemeinschaft@LumenChristi.de, homepage: www.heilende-gemeinschaft.de

Jahreskonferenz der Beauftragten der Berufungspastoral

Vom 10. bis 13. September 2001 fand in Schloß Hirschberg in der Diözese Eichstätt die Jahreskonferenz der Beauftragten der Berufungspastoral statt. Die Teilnehmer/innen kommen aus dem Zentrum für Berufungspastoral in Freiburg, dem Beirat dieses Zentrums, die Diözesanverantwortlichen und Mitarbeiter/innen kooperierender Einrichtungen. Sr. Petra Maria Hothum SND vertritt die VOD im Beirat.

P. Stefan Kiechle, Novizenmeister der Jesuiten, referierte zum Thema „Berufung sich entfalten lassen – Anregungen aus ignatianischem Geist“. Neben einem Rückblick auf die Arbeit des ZfB und der Diözesanstellen des vergangenen Jahres ging es vor allem um die Vorbereitung des Jahresthemas 2002 „Berufung entfalten – ganz persönlich, aber nicht allein“, aber auch um die Vorstellung aktueller diözesaner Projekte, wie etwa das Berufungsjahr, das die Erzdiözese Köln derzeit veranstaltet.

20 Jahre Missionare auf Zeit

Seit etwa 20 Jahren engagieren sich junge Menschen für einen zeitlich befristeten Einsatz in zahlreichen Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens, Ozeaniens und Europas.

Das Projekt der deutschen Missionsorden „Missionare auf Zeit“ hat in den 20 Jahren mehrere hundert junge Leute in Orientierungsseminaren, Wochenendkursen, Block-

seminaren, Besinnungstagen und Exerzitien vorbereitet auf einen Einsatz in einer anderen Kultur in sozialen, caritativen, pastoralen Aufgaben.

Einige Orden wie z.B. die Steyler, Pallotiner und Spiritaner haben ein eigenes Programm der Vorbereitung und für die RückkehrerInnen; andere Orden nehmen die Dienste von fid bei der AGEH in Anspruch. Alle Verantwortlichen in den verschiedenen Ordensgemeinschaften arbeiten gut zusammen und treffen sich zu jährlichem Erfahrungsaustausch und Entwicklung des Projektes.

Die Bereitschaft junger Menschen, ein Jahr ihres Lebens oder auch mehr einzusetzen als Laien-Missionare und Missionarinnen und diese missionarische Erfahrung in einer fremden Kultur einzubringen in unsere Kirche, ist groß.

374 Frauen und 286 Männer wurden in den 20 Jahren allein durch die Steyler ausgesandt.

Für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung vor Ort sorgen jeweils die Missionsorden. Die Kosten für Flugticket, Versicherungen, Sprach- und Vorbereitungskurse tragen die Einzelnen, wenn nicht Diözesen oder andere Träger eine finanzielle Unterstützung gewähren.

10. Ökumenisches Juniorats-treffen im Kloster Sießen

Vom 20. bis 22. Juli trafen sich 40 Junioratsschwestern mit ihren Junioratsleiterinnen aus verschiedenen Gemeinschaften zu einem gemeinsamen Wochenende im Kloster Sießen. Die jungen Schwestern kamen aus der evangelischen Community Christusbruderschaft Selbitz, aus den Gemeinschaften der Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Kreuz in Hegne und Ingenbohl/Schweiz und aus der Gemeinschaft der Franziskanerinnen von Sießen.

Der Freitagabend diente einem ersten gegenseitigen Kennenlernen. Spiele, Lieder und

Tänze schafften eine frohe, offene und vertrauensvolle Atmosphäre.

Der Samstag begann mit einer gemeinsamen Meditation des Tagesevangeliums. Dabei wurde deutlich, dass uns das Wort Gottes untereinander verbindet und uns eine gemeinsame Ausrichtung gibt für unseren Alltag und für unsere Sendung. Anschließend erzählten wir uns in Kleingruppen die Geschichte der je eigenen Gemeinschaft und tauschten uns darüber aus, wie jede Schwester den Weg in ihre Gemeinschaft gefunden hat. In dieser Runde erlebten wir ein großes Staunen über das Wirken Gottes und eine tiefe Ehrfurcht vor Seinen Wegen mit jeder Gemeinschaft und mit jeder einzelnen.

Der Nachmittag stand unter dem Thema „Gebet“. Schwester Anna Maria, Priorin und Pfarrerin der Christusbruderschaft Selbitz, gab einige Impulse unter der Fragestellung „Was hilft mir im Gebet?“ und „Was hindert mich am Gebetsleben?“ Die persönliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen ermöglichte einen lebendigen Erfahrungsaustausch und brachte manche Hilfen für die „Zeit der Trockenheit“ im Gebet.

Bei der Abschlussrunde am Sonntagmorgen äußerten sich alle dahingehend, dass das Treffen die Beziehungen zueinander über Konfessions-, Gemeinschafts- und Landesgrenzen hinweg vertieft hat und dass wir uns gegenseitig auf unserem Weg der Nachfolge gestärkt haben. Als konkrete Weiterführung unserer Begegnung planen wir ein gemeinsames Projekt beim ökumenischen Kirchentag 2003.

(Sr. M. Birgit Reutemann, Kloster Sießen)

Ordensfrauen aus Indien in Hagen

Die Ordensgemeinschaft der Missionsschwestern „Königin der Apostel“ hat im Hager Stadtteil Kabel eine neue Niederlassung gegründet: Die drei indischen Schwestern Marita Machukuzhiy, Thelma Edavak-

andathil und Stanly Mattam haben mit dem Gebets-Apostolat im „Haus der kleinen Theresen“ begonnen. Pfarrer Manfred Müller hieß die Schwestern mit dem Hinweis willkommen, dass in die Gemeinde St. Antonius jetzt ein Stück Weltkirche Einzug gehalten habe.

Brüssel: Dominikaner gründen internationalen Konvent

Einen internationalen Konvent mit 15 Mönchen aus sieben europäischen Ländern wollen die Dominikaner im Februar 2002 in Brüssel eröffnen. Im renovierten neo-gotischen Kloster „Sankt Dominikus“ im Brüsseler Europaviertel wollen die Dominikaner vor allem „soziale und ethische Fragen, den ganzen Komplex der Bioethik, Themen wie Migration oder Globalisierung“ angehen, wie Pater Thomas Eggenesperger erläuterte. Der Konvent will multi-lingual leben. (kontinente)

Berichtigung

Irrtümlicherweise wurde in der letzten Ausgabe OK (Heft 3/2001) der akademische Titel von Sr. Dr. Aurelia Spendel in der Liste der Mitarbeiter des Heftes weggelassen. Die Redaktion bittet um Entschuldigung.